

DISKUS

FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

NACHRICHTENBLATT DER
VEREINIGUNG VON
FREUNDEN U. FÖRDERERN
DER JOHANN WOLFGANG
GOETHE-UNIVERSITÄT
FRANKFURT AM MAIN E. V.

5. Jahrgang — Heft 1 Preis 10 Pfg.

Januar 1955

Verlagsort Frankfurt a. M.

Subvention schafft Verantwortung

Rechte Isarier und linke Spreepostel haben sich in Gauning (Niederbayern), als sie zur Überwindung der politischen Lethargie der Studentenschaft nach neuen Möglichkeiten Ausschau hielten, zu einer schwarz-rot-blauen Koalition zusammengefunden. Um die Freiheit des akademos-Bürgers, wie wir der neuen gesamtbayrischen Studentenzeitung „profil“ entnehmen, die in einem netten, kosmetisch anmutenden Format erscheint, darüber aber leider nur im gewöhnlichen Selbstverwalterstil berichtet. Die Grundrechte des akademischen Bürgers seien durch ärztliche Pflichtuntersuchungen, besonders aber durch die Verbote studentischer Korporationen verletzt worden, heißt es zunächst. Cand. med. Dieter Spangenberg, der langjährige Leiter des Amtes für gesamtdeutsche Studentenfragen im Verband deutscher Studentenschaften und gerade in Berlin-Dahlem zum SPD-Bezirksratsmitglied gewählt, ging dann zum Positiven über. Er fand großen Beifall, als er den fast ausnahmslos korporierten bayrischen Studentenvertretern erklärte, „daß in erster Linie die Korporationen Kader gegen den Kommunismus darstellen könnten“.

Bayern ist seit dem bekannten Seeshaupter Beschluß des VDS, wo so rigorose Bedingungen für jegliche Kontaktaufnahme mit Studentenschaften der Sowjetzone festgelegt worden waren, wohl der treueste Waffenbruder des Berliner Amtes im Verfolg seiner gerade in letzter Zeit so arg angefeindeten gesamtdeutschen Studentenpolitik. Die Bilanz einer zweijährigen Kampfgemeinschaft, daß „die Auffassungen im wesentlichen gleich seien und die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit von beiden erkannt sei“, gab Spangenberg allen Grund zur Freude über diese Allianz der Bären und Löwen.

Ein großer gemeinsamer Gegner schafft klare Fronten und feste Koalitionen, auch wenn das kleinste gemeinsame Vielfache nicht einmal — wie bei der derzeitigen bayrischen sozial-liberalen Koalition — die gemeinsame „Stinkwut“ gegen die Konfessionsschule, sondern erst „die Erkenntnis ist, daß es in Zukunft keine Diskussionen mehr darüber geben dürfe, welche Partei oder Gemeinschaft ein Student angehört, wenn es gilt, auf dem Gebiet gesamtdeutscher Studentenfragen die widerstrebenden Meinungen innerhalb der Studentenschaft zusammenzuführen“.

Bündnisschaft in einer politischen Einzelfrage, wie der gesamtdeutschen, ist wichtig; vielleicht ein kleiner Fortschritt. Aber gerade da macht es stutzig, wenn bei allem Trennenden sich die Koalitionsfreunde ihr ganz frisches wechselseitiges Vertrauen so inbrünstig bescheinigen. Sollte hier ein Amtsinteresse dem politischen Interesse gewisser Korporationen entgegenkommen? Das Festhalten an der starren Politik der Trennung in allem Offiziellen und das kleinmütige Verschanzen hinter der Forderung nach der persönlichen Kontaktaufnahme, die sich nicht anordnen läßt und von deren Verwirklichung also niemand ganz überzeugt ist, dürfte wohl der Impetus des Einschwenkens in die gemeinsame Front sein. Dem einen bewahrt es sein Wächteramt und die Garantie für einen scheuklappengeraden Weg ohne die Notwendigkeit einer eventuellen Neuorientierung; dem anderen gewährt es zum Lohn für den Idealismus privaten Gesamtdeutschtums die risikolose Fortsetzung prosperitärer Politik: reservatio et restauratio auf einem Hauptnenner.

Die Kabinettsfrage der Schlagenden

Ohne Toaste auf eine Zweckfreundschaft und doch um vieles solider entwickelte sich ein dreitägiges Studienseminar, das der VDS in Bonn zusammen mit den politischen Studentenverbänden und den Korporationen der Frage widmete: wie haltet Ihr mit der Demokratie?

Hier gab es für den VDS eine echte politische Aufgabe, ohne daß er sich selbst politisch engagieren mußte und eventuell in ein bestimmtes politisches Fahrwasser treiben ließ. Mit dieser von ihm arrangierten und geleiteten Aussprache griff er unmittelbar und mit einer bisher noch nicht absehbaren Tiefenwirkung in die Auseinandersetzungen innerhalb der Verbände ein. Er zwang sie, vor allem die als restaurativ

verschrienen Burschenschaften, an die Probleme einer aktuellen Orientierung heran. Interne Diskussionen — vor und nach dem Seminar — wurden für jeden Verband notwendig; damit hat der VDS eine gewisse Neu- oder Andersorientierung in politischen und hochschulpolitischen Fragen unausweichlich gemacht.

Es ging um die Haltung der Korporationen zur Weimarer Republik. In glänzenden Referaten wurde der politische Weg deutlich, den Korporation und Verbände in der Weimarer Zeit bis zu ihrer Auflösung im Dritten Reich gegangen sind. Die historischen Fakten lebten bei den Korreferaten und Berichten zahlreicher anwesender Alter Herren, die für die Entwicklung in den Verbänden damals mitverantwortlich waren, wieder auf. Es war erstaunlich, mit welcher Offenheit hier Fehler und Irrtümer in persönlichster Form bekannt wurden. Diese Bereitwilligkeit zur „Gewissenserforschung“ wurde manchmal hart an die Grenze des Möglichen getrieben. Wenn junge Studenten aus unbelasteten Verbänden mit der Anerkennung der Schuld durch die verfeimten Alten Herren gewissermaßen implicite noch ein „Ich will es ja auch nie wieder tun!“ verlangten, so hat von diesen doch keiner solches Übermaß zur Ausflucht benutzt.

Ein lobendes Wort gehört der mutigen Erörterung der Probleme des „Politischen“ Granier von den Vereinen Deutscher Studenten (VDSt), die einst für ihre nationalistisch-antisemitische Haltung berüchtigt waren, suchte die Quellen und Gründe dieses unseligen Verhaltens aufzuzeigen. Dabei bekam man das sichere Gefühl, daß sich in diesem Verband eine Wandlung vollzogen, daß er heute restlos mit diesen unheilvollen Ideen — nicht zuletzt unter dem Einfluß der Alten Herren, zu denen auch der verstorbene Bundestagspräsident Dr. Ehlers zählte — gebrochen hat.

Am 3. Tage schließlich waren die „Politen“ der historischen Gespräche überdrüssig und verlangten von den „Schlagenden“ eine klare Stellungnahme zur parlamentarischen Demokratie und zum 20. Juli. Daß diese Antwort ein eindeutiges Bekenntnis zur Tat des 20. Juli wurde, verdient besondere Erwähnung. Dr. Hielscher, Schriftleiter



Wir, die Jungen, rechnen Mendès France das Eine sehr hoch an: daß er eine Angelegenheit, die uns nur noch als abrollender Mechanismus einer startbereiten Militärverwaltung präsentiert wurde, von Woche zu Woche wieder als eine eminent politische Angelegenheit aktualisierte.

der Deutschen Corpszeitung, machte als Sprecher des Kössener SC und des CDK mit großer Leidenschaft die Frage nach der Einstellung zu den Opfern des 20. Juli „zur Kabinettsfrage für seinen Verband“. Der CDK und mit ihm die Deutsche Burschenschaft schlossen sich dem an.

Fortsetzung auf Seite 4

Wir wollen Spezialisten sein

Vorschläge zu einer Reform des juristischen Studiums sollten nicht von einer idealen Vorstellung ausgehen, der gegenüber es nur milde Resignation gibt; sie sollten die Realität zum Ausgangspunkt nehmen, die heute das Bild unserer Universität bestimmt. Drei Mißstände werden heute vor allem für die Notwendigkeit einer Reform ins Feld geführt: die geringe Zahl von Dozenten im Verhältnis zu einer ständig wachsenden Menge von Studierenden, die immer weiter zunehmende Fülle des Lehrstoffs und die schwierige wirtschaftliche Lage der Studenten.

Ein persönlicher Kontakt, wie er eigentlich die Voraussetzung für ein fruchtbares wissenschaftliches Arbeiten sein sollte, kann zwischen Professoren und Studenten heute nur noch in Ausnahmefällen zustande kommen. Denn in den letzten fünfzig Jahren hat sich die Zahl der Studierenden wohl verdreifacht; aber die Zahl der Dozenten ist fast gleich geblieben. Woran liegt das?

Es wird immer als selbstverständlich hingenommen, daß bei den Philosophen und den Naturwissenschaftlern etwa ein Professor der Archäologie oder der Meeresbiologie vor fünf bis zehn Hörern liest. Keiner wird darum diesem Lehrstuhl die Existenzberechtigung absprechen, die nicht von der Zahl der konsumierenden Hörer sondern von dem Rang der Wissenschaft abhängig gemacht ist. Ständig vermehrt sich die Zahl der Einzelwissenschaften in diesen Fakultäten, und ohne Rücksicht etwa auf eine Hörermindestzahl, sagen wir von 50 Vollimmatrikulierten, werden für sie auch Lehraufträge vergeben. Die Juristen hingegen sind starr bei ihrer alten Systemeinteilung geblieben, obwohl eine Aufteilung in Spezialgebiete bei ihrer Wissenschaft nicht weniger natürlich als in anderen Fakultäten wäre. Man hat dabei eines vergessen: Vor einem halben Jahrhundert konnten sich die Studenten noch um ihren Meister „scharen“. Heute finden in den größten Hörsälen nicht mehr alle, die belegt haben, Platz, und viele haben daraus die endgültige Konsequenz ge-

zogen, auf den Anblick des Lehrers ganz zu verzichten. Niemand kommt aber darum auf den Gedanken, daß man das alte Prinzip: pro Wissenschaft ein Lehrstuhlinhaber, endlich zugunsten des menschlicheren: pro höchstens X Hörer ein Dozent, aufgeben müßte.

An der Ruperto Carola, in Heidelberg, hat man mit dem neuen Prinzip so radikal Ernst gemacht, daß die Wissenschaft dabei zu kurz kommt — übrigens nicht nur sie. Dort sind für die ersten bis dritten Semester Kurse eingerichtet, in denen die Studenten, in Gruppen zu etwa zehn bis fünfzehn zusammengefaßt, mit Assistenten oder Referendaren den Stoff der Vorlesung durchdiskutieren, in die Literatur eingeführt werden und erste Anleitung zu schriftlichen Arbeiten erhalten. Wozu dann aber noch die Vorlesung selbst? Verständlich scheint sie nicht zu sein, sonst bedürfte sie nicht des Kommentars durch den Vereinfacher, der ja selbst noch kein Spezialist der Materie ist. Im übrigen aber befolgt man eine Praxis, die nie vor das Arbeitsgericht gelangen dürfte: mit monatlichen 50 DM werden die Kursleiter bezahlt, die den Staat von dem Zwang befreien, mehr Dozentenstellen einzurichten. Referendare sind aber — das erklärt es wiederum — heute die billigsten Arbeitskräfte geworden; vom Staate bekommen sie nichts, oder nur ein Spottgeld; man biete ihnen also ein paar Mark an, und schon springen sie auf jedes Angebot. So sollte die Universität nicht versuchen, das Problem zu lösen. Es muß fairere Möglichkeiten geben. Aber verschweigen wir die Hauptsache nicht: die Ergänzung, zum Teil schon die Ersetzung der Vorlesung durch Übungen im kleineren Teilnehmerkreis ist ein entscheidendes Stück Studienreform.

Das weitere Problem einer juristischen Studienreform ist die immer weiter wachsende Fülle des Stoffes. Dem trägt vor allem ein Reformvorschlag Rechnung, der kürzlich von der juristischen

Fortsetzung auf Seite 2

Man sagt in Bonn

Es gab entrüstete Kommentare in Bonn, als in München eine Regierung ohne, ja gegen die CSU gebildet wurde. Aber diese Stimmen, die es als undemokratisch bezeichnen, daß die stärkste Partei von der Regierungsbildung ausgeschlossen wird, haben zu schnell vergessen, daß es der SPD vor gar nicht allzu lange Zeit in Berlin und Schleswig-Holstein genau so ergangen ist. Und jede große Partei wird in Zukunft damit rechnen müssen: Es genügt nicht, die Wahlen zu gewinnen, viel schwerer ist es, den Kampf um die Regierungsbildung zu bestehen. (Es klingt grotesk, aber man kann es sagen: Eine Partei kann die Wahlen ruhig verlieren, wenn sie nur die Regierungsbildung gewinnt.) Es ist ja beinahe ein Naturgesetz, daß sich eine kleine Partei immer so teuer wie möglich verkaufen wird. Daß die CSU dies in Bayern verkannt hat, stellt ihr nicht gerade das Zeugnis politischer Klugheit aus. Proteste können dies nicht vertuschen. Die Vorwürfe gehen auch an die falsche Adresse; denn die merkwürdigen Regierungsbildungen in den deutschen Ländern gehen doch eigentlich allein auf das Konto des Verhältniswahlrechts. Und betrogen sind nicht die Parteien, die dementsprechenden Wahlgesetzen zugestimmt haben, sondern einzig und allein die Wähler, die heute auf das Entscheidende, die Regierungsbildung, gar keinen Einfluß haben. Man soll dem Wähler bei der Wahl die einfache Alternative vorlegen: Bist du für das, was hier gemacht wurde, dann wähle die Regierungspartei — bist du es nicht, dann wähle die Opposition. Nicht nur, daß man diese einfache Frage bei uns übermäßig kompliziert, manchmal wird sie auch völlig verwischt, und dem Wähler die Möglichkeit geraubt, nach ihr zu entscheiden. Der Wähler des BHE mußte eine Woche nach der Wahl noch nicht, ob er nun für die sozialdemokratische Regierung oder gegen sie gestimmt hatte. — Man sage nun nicht, das interessiere ihn vielleicht gar nicht. Es sollte den Wähler jedenfalls interessieren, und es würde ihn interessieren, wenn ihm die klare Frage „dafür oder dagegen?“ vorgelegt werden würde. Das scheint aber doch ein gesünderes politisches Interesse als das für die Durchsetzung von Sonderinteressen zu sein. Hinzu kommt noch, daß der von den Sonder-Interessenten gewählte Abgeordnete dann doch nicht nur Politik für diese Interessen macht (wenn überhaupt!), sondern auch in allen anderen Fragen mitentscheidet, für deren Entscheidung er gar kein Mandat erhalten hat, in der sein Wähler vielleicht ganz anderer Meinung als er ist.

Wenn man diese aktuellen Folgen des Verhältniswahlrechts betrachtet (es gibt viel stärkere „klassische“ Argumente gegen dieses Wahlrecht), dann freut man sich erst so richtig an der Meldung, die SPD sei unter Umständen bereit, sich an Beratungen über die Einführung des Mehrheitswahlrechts zu beteiligen. Noch ist die Stellungnahme, die der 2. Vorsitzende der SPD, Mellies, abgab, sehr vorsichtig formuliert. Aber viele Leute fragen sich schon seit langem,

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE SCHUMANN U. COBET

Frankfurt am Main · Börsenstr. 2-4 · Fernsprecher 9 1494

warum die SPD eigentlich gegen das Mehrheitswahlrecht ist. Die SPD hat unter dem Verhältniswahlrecht nicht die geringste Aussicht, jemals die Bundesregierung zu bilden. Sie kommt aus dem Turm der 33% nicht heraus; denn die mit Adenauer Unzufriedenen wählen eben je nach Geschmack FDP oder Zentrum (solange sie das können!). Eine Bundesregierung SPD-FDP aber ist ausgeschlossen, da auf Bundesebene das einigende Band der Kulturpolitik fehlt, der Trennungsfaktor Wirtschaftspolitik aber eine entscheidende Rolle spielt. Erst wenn die Entscheidung der Wähler „CDU oder SPD“ heißen wird, hat die SPD eine reelle Chance.

Hoffentlich kommt die Entscheidung der SPD nicht zu spät. Die kleinen Koalitions-Parteien, die um ihr Schicksal bangen, haben inzwischen mit dem Bundeskanzler eine Rückversicherung abgeschlossen: Mitarbeit in der Koalition nur, wenn kein Wahlgesetz gegen ihren Willen verabschiedet wird! — Die FDP allerdings ist in seltener Todesverachtung dabei, den Bundeskanzler dahin zu bringen, daß er sich mit Wonne für das Mehrheitswahlrecht einsetzen wird (und wenn nur, um Thomas Dehler aus dem Bundestag zu entfernen).

Im übrigen aber sollte man die Ausbootung der CSU in München nicht überschätzen. Wenn auch der Wahlkampf unter dem Aspekt der $\frac{2}{3}$ Mehrheit im Bundesrat geführt worden ist, und diese $\frac{2}{3}$ Mehrheit dem Bundeskanzler tatsächlich verloren gegangen ist — so hat sich doch in Bonn unabhängig von der Frage der Mehrheit im Bundesrat die Meinung durchgesetzt, daß die Wehrgesetze (nur für sie wird die verfassungsändernde Mehrheit gebraucht) auf keinen Fall gegen die SPD durch das Parlament gepeitscht werden sollten. Diese wesentliche Frage der deutschen Innenpolitik kann einfach nicht ohne die zweitgrößte deutsche Partei gelöst werden. Die SPD hat sich zwar bisher nicht klar geäußert, aber jedermann in Bonn ist überzeugt, daß sie sich der Mitarbeit an den Wehrgesetzen nicht wird entziehen können.

Nicht zu überbrücken aber ist der Gegensatz in der Außen-

politik, wobei man noch immer bemüht ist, die Wunderformel der Sowjets von der Koexistenz näher zu definieren.

Alle Parteien sind sich in einem wesentlichen Punkt einig: „Keine Koexistenz auf der Basis des status quo!“ — dennoch brachte es der Bundestag nicht fertig, diese Meinung in einer Resolution festzulegen, wie das beim 1. deutschen Bundestag in ähnlichen Fällen immer der Fall war. Diese Resolution aber wäre sehr wertvoll, denn es gibt zahlreiche ausländische Politiker, die mit einer Koexistenz auf der Basis der deutschen Teilung liebäugeln.

So aber bleibt der Eindruck, Opposition und Koalition sind in den entscheidenden Punkten nicht einig, obwohl sie — wie unser Beispiel zeigt — in einer ganz wesentlichen

Frage einig sind. Es ist nicht recht verständlich, warum das Parlament, das allen Anlaß hat, in außenpolitischen Fragen eine gemeinsame Linie zu suchen, diese Gelegenheit nicht genutzt hat, seine Einigkeit in dieser Frage vor aller Welt zu manifestieren.

Man kann doch aus diesem Verhalten nur den einen Schluß ziehen, daß es vielen Abgeordneten offenbar mehr um die Betonung der Trennungslinien als um die Erarbeitung von Gemeinsamkeiten geht. Wort für Wort muß hier wiederholt werden, was ich mit Enttäuschung in Nr. 8/IV sagen mußte: Diese Abgeordneten halten Politik für einen permanenten Wahlkampf!

Bruno

Unsittliches Staatsmonopol in Hessen

In der juristischen Fachschaftsversammlung am 14. Dezember 1954 wurde nach der eingehenden Behandlung der Studien- und Examensreform, auf die der DISKUS gesondert zu sprechen kommen wird, die Frage der Bezahlung der Gerichtsreferendare erörtert. Dieses Thema war schon bei einer politischen Versammlung vor den Hessischen Landtagswahlen aufgeklungen und hatte seither die angehenden Juristen besonders stark bewegt.

Die juristische Ausbildung zerfällt bekanntlich in zwei Abschnitte, das Studium und die Referendanzzeit. Beide umfassen — die Zeit für die Absolvierung der Examina eingerechnet — in der Regel je vier Jahre. Volljurist ist nur, wer die ganze Ausbildung absolviert hat. Daraus erklärt sich, daß die Rechtsstudenten zu einer Diskussion über die Referendarbesoldung aktiv legitimiert sind; ist doch die Referendanzzeit die notwendige zweite Stufe ihrer juristischen Ausbildung.

In der Fachschaftsversammlung ergab sich nun folgendes. Die Referendarbesoldung ist — wie die Angelegenheiten der Justiz im allgemeinen — Ländersache. Trotzdem hat der Bundesfinanzminister den Ländern empfohlen, an alle Beamte im Vorbereitungsdienst feste Sätze (für Ledige 230 DM und für Verheiratete 300 DM) zu zahlen, damit eine bundeseinheitliche Behandlung des Beamtennachwuchses gewährleistet sei. Der Hessische Finanzminister hat dann auch einen entsprechenden Erlaß herausgegeben, der allerdings den Zusatz enthält: „Dies gilt nicht für Gerichtsreferendare“. Die hessischen Gerichtsreferendare haben mithin keinen Anspruch auf irgendeine Vergütung.

In den anderen Bundesländern sind die Verhältnisse wesentlich günstiger:

In Nordrhein-Westfalen erhalten alle Gerichtsreferendare von Beginn ihres Dienstantritts ab eine Besoldung, die die Bundessätze noch überschreitet.

In Niedersachsen und Hamburg werden ebenfalls vom ersten Tag der Ausbildung ab allen Referendaren die Bundessätze gewährt.

In Baden-Württemberg erhalten die Referendare vom ersten Dienstmonat ab 200 DM (Verheiratete 265 DM).

In Rheinland-Pfalz erhalten auch alle Referendare eine Besoldung, die allerdings wesentlich unter den Bundessätzen liegt. Bei Bedürftigkeit werden diese Sätze bis zu den Bundessätzen erhöht.

Die Regelung in Bremen ist dem Verfasser nicht bekannt, angeblich sollen aber auch dort an alle Referendare die Bundessätze ausgezahlt werden. In Berlin erhalten alle Referendare vom Diensteintritt ab 90 DM (Verheiratete 110 DM). Auf Antrag wird bei Bedürftigkeit und Würdigkeit eine zusätzliche eBihilfe bis zur Höhe der Bundessätze gewährt.

Im Haushalt des Landtags von Bayern ist für die Referendarbesoldung ein Betrag eingesetzt, der die Auszahlung der Bundessätze an alle Referendare ermöglicht. Ein Rechtsanspruch auf die Besoldung besteht dort freilich nicht.

Die ungünstigste Regelung haben Schleswig-Holstein und Hessen. In Hessen ist erforderlich:

1. ein Antrag,

Fortsetzung von Seite 1

Fakultät Frankfurt ausgearbeitet wurde. Dieser Entwurf schlägt eine gewisse Spezialisierung vor. Der Prüfungsstoff soll vermindert, die Zahl der Pflichtvorlesungen und damit der obligatorischen Prüfungsgegenstände soll auf bestimmte Grundgebiete beschränkt werden.

Die Grundgebiete sind: Bürgerliches Recht, Strafrecht, Verwaltungsrecht und Prozeßrecht. Außerdem sollen die Studenten Nebenfächer einer der folgenden Gruppen wählen:

1. Öffentliches Recht (Finanz- und Steuerrecht, Verwaltungsgerichtsverfahren, Beamtenrecht, Kommunalrecht, Kirchenrecht);
2. Justizrecht (Konkursrecht, Freiwillige Gerichtsbarkeit, Digestenexegese, Internationales Privatrecht u. ä.);
3. Wirtschaftsrecht (Handelsrecht, Arbeitsrecht, Wertpapierrecht u. ä.).

Hat man sich ein Sondergebiet gewählt, wird man mit anderen Spezialstoffen verschont.

Dieser Vorschlag wird sicher allgemein begrüßt werden. Er stellt insofern einen günstigen Kompromiß dar, als er den Stoff erheblich einschränkt, dafür aber diesen Stoff solider mit den Grundlagen des Rechtsdenkens verbindet, als es bisher möglich war.

In anderen Wissenschaften hat sich die Spezialisierung übrigens durchaus nicht zum reinen Nachteil ausgewirkt. eBi den Naturwissenschaften hat gerade der Verzicht auf die alten Systeme zu den wichtigsten neuen Erkenntnissen geführt. Der bisher herrschende Ehrgeiz, das gesamte Recht zu lehren und in der Prüfung zu fordern, hat die Juristen auf manchen Gebieten der Praxis arg ins Hintertreffen gebracht. Eine intensivere Ausbildung im Spezialwissen, und ebenso die intensivere Forschung auf dem Spezialgebiet würden zweifellos das Ansehen der Universität überhaupt erneut heben.

Zu dem heiß umkämpften Thema „studium generale“ bemerkt der Entwurf lakonisch:

Die Fakultät verspricht sich nichts davon, daß neben eine technisch-juristische Ausbildung ein sogenanntes Studiengenerale gestellt war, das der Student nicht mit seinem Fachwissen verknüpfen kann.

Ein Tropfen Öl auf die Allgemeinbildungspepanik vieler Kandidaten, daß gerade die Professoren diesen Satz geprägt haben!

2. eine Sperrfrist von 6 Monaten, die in aller Regel eingehalten wird,
3. Bedürftigkeit des Antragstellers, was hierzulande bedeutet: Bedürftigkeit seiner Eltern, während beispielsweise in Baden-Württemberg bei der Frage der Bedürftigkeit nur das Vermögen und Einkommen des Antragstellers oder seines Ehegatten berücksichtigt werden darf,
4. Würdigkeit, die bei schlechten Leistungen und bei „unbotmäßigem Verhalten“ verneint wird und
5. die ungeschriebene, aber wichtigste Voraussetzung: Vorhandene Etatmittel.

Daß auch in Hessen an alle Referendare ohne Ausnahme vom Tage des Dienstantritts an die Bundessätze gewährt werden, ist unsere Forderung, die energisch zu verfolgen die Aufgabe jedes Studenten und Referendars ist. Der Referendar ist Beamter mit allen Pflichten. Er kann nicht sagen, daß er Arbeitsgemeinschaften, Kurse und Sitzungen nicht mitmachen könne, weil er keine Besoldung bekomme. Er erhält nicht einmal Ersatz für die Unkosten, die ihm dadurch entstehen, daß er seine Schreibmaschine, sein Papier und sein Fahrzeug in den Dienst der Hessischen Justiz stellt oder ziemlich erhebliche Summen bei Bundes- und Straßenbahn investiert, um zu seiner Dienststelle zu gelangen. Dabei leistet der Referendar dem Staat Dienste, während die Ausbildung den Staat praktisch nichts kostet. Von den Arbeitsgemeinschaftsleitern abgesehen, ist es eine unbezahlte Nebenpflicht für Staatsanwalt und Richter, Referendare auszubilden. Die Ausbildung besteht dann meistens auch darin, daß der Referendar nach kurzer Anleitung die Arbeiten macht, mit denen der Inhaber des Dezernats eben nicht fertig wird. Ist ein Referendar beim Rechtsanwaltschaft oder in der Wirtschaft tätig, dann erhält er auch Geld. Seine Arbeit ist also — wirtschaftlich betrachtet — etwas wert.

Außerdem geht es nicht an, das Ausbildungsmonopol so auszunützen, wie das in Hessen geschieht. Man kann auch Kindern wohlhabender Eltern nicht zumuten, im Alter von 25 Jahren noch wegen jeder Ausgabe die Eltern zu behelligen.

Die Schulgeldfreiheit bedeutet für die Gerichtsreferendare ein Danaergeschenk. Die 3000 Mark, die die Einführung der Schulgeldfreiheit für neun Jahre höhere Schule und 7 Semester Studium an Ersparnis bringt, nimmt der Staat in einem Jahr wieder ein, in dem er dem Referendar die Bundessätze vorenthält.

Die Fachschaftsversammlung hieß den Plan der Fachschaftsvertreter gut, die jeden Studenten der juristischen Fakultät aufzufordern, zu seinem Landtagsabgeordneten zu gehen oder ihm zu schreiben und ihn mit diesem Problem bekannt zu machen. Denn der Landtag kann den übrigen deutschen Ländern folgend bestimmen, daß auch in Hessen die Regelung eingeführt wird, die als einzige für einen sozialen Rechtsstaat in Frage kommt: Jeder Staatsbeamte, auch solange er sich noch im Stadium der Ausbildung befindet, muß angemessen bezahlt werden.

Hoffen wir, daß viele Kommilitonen sich an der Aufklärungsarbeit beteiligen. Die Adressen der Landtagsabgeordneten erfahren Sie bei den Büros der politischen Parteien. Alexander Böhm

Sie sollen also künftig Banausen sein dürfen — Leute, die sich nur für Juristerei interessieren und kein Verständnis für irgendwelche geistigen Dinge aufbringen. Sie waren allezeit beliebtes Jagdwild für die Professoren, glücklicherweise aber nicht abzuschießen, denn Allgemeinbildung ist kein Prüfungsfach. Ich glaube, in solchen Banausen steckt ein gutes Stück Selbsterhaltungstrieb. Wer sein Studium selbst bezahlen muß und daher auch schnell fertig werden will, wer froh ist, wenn er das erwirbt, was man in erster Linie von ihm verlangt, nämlich eine gewisse Fertigkeit auf juristischem Gebiet, der wird wenig Zeit für etwas anderes übrig haben. Er wird auch das wissenschaftliche Denken, das er lernen soll, nicht als einen geistigen, sondern lediglich als einen Examens- und Fortkommenswert ansehen. Große Betrübnis herrscht darüber, daß neuerdings das Banausentum solchermaßen auch ins Innere der Einzelwissenschaft, eindringend ist und den Respekt vor dem Selbstwert des wissenschaftlichen Denkens angestrichelt hat.

Es hat gar keinen Zweck, den Studierenden daraus ein Prädikat geistig-sittlicher Minderwertigkeit auszufertigen und etwa von eindringlichem Zureden Änderungen zu erwarten. Solange es nicht gelingt, dem Studenten auch wirtschaftlich zu helfen, muß jede Reform hinken. So lange kann er auch das sogenannte Repetitorienunwesen nicht entbehren, das ihm ein genau auf die Prüfungen zugeschnittenes Wissen liefert und ihm damit hilft, Zeit für seinen notwendigen Gelderwerb zu erübrigen. Es wird zu oft vergessen, daß man vielleicht für, aber niemals von Idealen leben kann. Die erste Forderung jeder Reform muß daher immer sein, dem Studenten wirtschaftlich zu helfen. Erst danach kann man wieder höhere geistige Ansprüche an ihn stellen.

Manfred Baum

Anmerkung der Redaktion: Wir machen die Juristen darauf aufmerksam, daß die Studienreform und Referendarbesoldung auf der nächsten Fachschaftsversammlung Ende Januar behandelt werden.

Auch ein Signal

„Aber nun, meine Herren, etwas Wesentliches. Bedenken Sie die Belastung unseres Bundestages, die Zeitnot, in der wir ständig bei unseren Gesetzentwürfen stehen! ... Und in dieser Zeit wollen Sie die schwierigste Materie der Gesetzgebung auch noch dem Bundestag aufladen?“, mahnte der Sprecher der CDU gegen die dünne Stimme eines parlamentarischen Phantasten, der zu erinnern wagte: „Das ist doch unsere Aufgabe!“. Aber gegen so viel Adel der Gesinnung war nicht anzukommen. ... „Wir sind uns der Verantwortung der Gesetzgebung gegenüber dieser schwierigen Aufgabe so bewußt, daß wir sie dem überlasteten Bundestag in den nächsten Jahren nicht aufladen zu können glauben ...“

Das ist kein schlechter Witz, sondern wörtliches Zitat. Auch keine beiläufige Randbemerkung in einer bundestäglichen Märchenstunde, sondern grundsätzliches Argument.

Freilich nicht gegen die Wehrgesetzgebung, wie die Superlative der Wichtigkeit vermuten ließen. Hast und Betriebsamkeit in dieser Frage zeigen vielmehr, daß man sich „der Verantwortung der Gesetzgebung gegenüber dieser schwierigen Aufgabe so bewußt“ noch nicht ist.

Zur Diskussion stand die einheitliche Regelung des Erziehungswesens, der ersten staatlichen ‚Rekrutierung‘ der Jungen und Jüngsten. Die wirre Vielfalt der Methoden, der Schulbeginne und -systeme, der Lehrpläne und Lehrerausbildung hatten einige Parteien öffentlich zu benörgeln gewagt. Sie dachten an die Notwendigkeit eines gemeinsamen Bildungszieles und mißbilligten die mannigfachen Unbequemlichkeiten für Zöglinge und Erzieher. Sie forderten einen Bundesunterrichtsminister und beharrten auf einer ernsthafte Diskussion dieser wichtigen Probleme im Bundestag, der gesetzgebenden Körperschaften also. In der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder sehen sie nur noch ein unverbindliches Unternehmen und zweifeln nun, nach neun Jahren, am guten Willen, die Praxis den gewonnenen Einsichten anzugleichen.

Die stärkste Regierungspartei kündigte vor aller Diskussion souverän die Ablehnung aller Anträge an und hielt selbst die Überweisung an die Ausschüsse für überflüssig. Der Unwille, daß überhaupt solche Fragen berührt wurden, war unverkennbar. In der Begründung wurden alle wirklichen Probleme zu Bagatellen. Unter Beifall wollte der Sprecher nichts von akuter Schulraumnot wissen und gedachte gerührt einiger Neubauten, sogar auf dem Lande. Die fünfzig und mehr Schulsysteme hielt er für ein Symptom der schöpferischen Kraft, die an ihrer Entfaltung nicht gehindert werden dürfe. Gerade bei der Erziehung sei „das Wesentliche die schöpferische Arbeit des einzelnen ... auf Grund von Wissen, Erfahrung, Veranlagung und Hingabe an den Beruf“. Für kühne Neuerer war das ein Freibrief zur Gründung des 56. Schulsystems nach ihrer Privatideen.

Mancher Beobachter mochte sich dagegen auch bei den Bundestagsabgeordneten etwas mehr „schöpferische Arbeit des einzelnen ... auf Grund von Wissen, Erfahrung“ wünschen, als hier bewiesen wurde. Die Fraktion war schlecht beraten, als sie sich mit diesen ärmlichen Phrasen vertreten ließ und ihren ganzen Einfallsreichtum im applaudierenden „Sehr richtig!“ konzentrierte. Die Abgeordneten belächelten die Pressestimmen, die eindrucksvolle Beispiele dieses Schulchaos gaben, und schienen gar noch zu glauben, die absolute Mehrheit der Septemberwähler hätte ihnen das Recht zu solch selbstgefälliger Ignoranz gegeben. Einig mit ihnen war zudem die Opposition, die sich auf die Formulierung von fünf Sätzen zur Verfahrensfrage beschränkte ... und der Geist ihrer Länderkultusminister schwebte über allen.

Diese dürfen sich nunmehr noch einige Jahre ständig treffen. „Nach Jahr und Tag“ will man dann weiter sehen. Auch die Wiedervereinigung scheint hier nicht ernstlich dazwischen kommen zu können. Vielmehr fürchtete der CDU-Sprecher, „daß der Vorbereitungen schon zu viele sind, die in dieser Hinsicht laufen“. Kurzum man beruhigte sich schnell mit dem wohl billigsten Gefasel über das Bewußtsein der Verantwortung und empfahl statt Reformen die „Schulpflege“.

Anschließend genehmigte man Sondersignale für Krankenwagen ... und entfaltete nun viel Sinn für rechtzeitigen operativen Eingriff zur Heilung des Patienten. Vielleicht hätte man die Reihenfolge der Tagesordnung umstellen sollen.

E. Pause

☆

... allein mir fehlt der Glaube

Der Krawall um Sawall ist bekannt. Der zurückgetretene erste Vorsitzende des VDS hat sich kurz nach seiner Abdankung in Ostberlin mit dem ersten Vorsitzenden des Zentralrates der FDJ, Erich Honnecker, über Möglichkeiten der Verständigung zwischen ost- und westdeutschen Studenten unterhalten. Solche zunächst informativen Gespräche können durchaus sinnvoll sein, und es finden sich mehr und mehr Stimmen, die solche Zusammenkünfte fordern. Es ist also wenig gegen Sawalls Versuch zu sagen, zumal sich inzwischen herausgestellt hat, daß er sein Gespräch unter privater Verantwortung führte. Freilich mußte er sich darüber im klaren sein — und war es wohl auch —, daß sein Vorgehen noch immer leicht mit der offiziellen VDS-Politik in Zusammenhang gebracht werden konnte.

Trotz dieses Schönheitsfehlers hätte Sawalls Gespräch in der Bundesrepublik eine intensivere Diskussion über die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit solcher Annäherungen auslösen können, wenn das „Forum“, die offizielle Studentenzeitung der DDR nicht so schrecklich ungeschickt wäre. Um eines flüchtigen Triumphes willen hat es in großer Aufmachung berichtet, daß der geschäftsführende Vorsitzende des VDS, der offizielle Vertreter also, eine Aussprache über die genannten Punkte mit Erich Honnecker erbeten und geführt habe.

Die Studenten der Bundesrepublik sind noch weniger als andere zufrieden damit, daß sich ost- und westdeutsche Universitäten in mehr als ihrer geographischen Lage unterscheiden, und wollen gerne etwas dafür tun, daß der Unterschied wieder darauf reduziert wird. Sie sind sich nur nicht sicher, ob auf der anderen Seite der Zonengrenze die Propagierung der Meinung durch die maßgeblichen Stellen von der gleichen Ehrlichkeit getragen wird. Ist dies der Fall, kann der Wille der Studentenschaft bahnbrechend wirken. Solange man es aber in Ostberlin für richtig hält, sich solcher offensichtlicher Fälschungen zu bedienen, wird hier auch der Bereitwilligste verstimmt bleiben.

W. Schaffernicht

Irrwege

Das Dienstalder der Richter an unseren Bundesgerichten wurde im Dezember auf 70 Jahre festgelegt. Geeigneter Nachwuchs fehle; die Dienste der Amtierenden seien somit im Interesse der Kontinuität der Rechtsprechung noch nicht entbehrlich. Soweit die Begründung.

Die Besorgnis um Einheit und Geschlossenheit unserer Rechtsprechung ist zu begrüßen. Aber ist der Rechtsprechung allgemein damit gedient, daß 35 Bundesrichter nicht jetzt, sondern erst in einigen Jahren in den verdienten Ruhestand treten? Ist es richtig, daß auch die Kollegen und Nachfolger dieser 35 ebenfalls länger als sonst üblich im Staatsdienst verharren? Wird z. B. ein an einem Oberlandesgericht amtierender Richter in den Bundesgerichtshof berufen, dann gibt es ein allgemeines Aufatmen und -rücken. Die frei gewordene Stelle wird neu besetzt; eine andere wird frei, die zu besetzen ist, und so setzt sich die Welle fort bis an das letzte Amtsgericht. Bleiben nun die Spitzen länger im Amt, dann werden damit zahlreiche Aufstiegsmöglichkeiten verstopft. Das aber ist ein ernst zu nehmender Vorwurf. Weil die Aufstiegschancen und damit die Möglichkeiten größeren Verdienstes im Staatsdienst so gering sind, wandern viele fähige Juristen in die Wirtschaft oder den freien Beruf ab. Ergebnis: Die Gerichte haben Mangel an qualifiziertem Nachwuchs.

Wird das Problem gelöst, indem man es vertagt und die vorhandenen Richter länger amtiert läßt? Daß sich der jetzt angeblich nicht vorhandene Nachwuchs in den nächsten Jahren plötzlich einfindet, ist allein in Anbetracht der Laufbahnansätze eine zu optimistische Erwartung. Es ist auch nicht anzunehmen, daß bei Nachwuchsrichtern eine bislang vermißte richterliche Begabung plötzlich zum Durchbruch kommt. Was wird also, wenn die jetzt im Dienst belassenen Bundesrichter wirklich in den Ruhestand treten? Die getroffene Lösung beseitigt zwar eine augenblickliche Verlegenheit, beschwört aber eine weit größere herauf, weil das Problem, den geeigneten juristischen Nachwuchs am Staatsdienst zu interessieren, damit nicht vereinfacht wird.

M. Sabotka

☆

Aufruf zur Landflucht

In hessischen Gemeinden mit weniger als 20 000 Einwohnern ist seit dem 7. Dezember 1954 das Treiben von Unzucht zum Erwerb verboten. Zum Schutze der Jugend, sagt die Verordnung. Was viele nicht wissen: Ich treibe Unzucht, du treibst Unzucht usw., kann man durch alle Fälle hindurchkonjungieren und praktizieren — je nach Zeitläuften ist es mehr oder weniger verwerflich, aber nicht strafbar.

Besonders verwerflich ist seit jeher die Unzucht zum Erwerb. Honoriert wird sie von Ehrenmännern, aber der unterliegende Teil ist oft auch der geprellte und hat zum Schimpf noch den Schaden. Durch die Verbreitung der allgemeinen Unzucht war nach dem ersten Weltkrieg die gewerbliche stark geschädigt, zum Teil sogar als Institution bedroht. Erst der Einbruch pruderer Völker in unser Land hat sie seit 1945 wieder in alter Pracht und Schande erstehen lassen, Schande auch deshalb, weil selbst die weniger an der Unzucht Interessierten unter dem plötzlich eingetretenen Mangel an weiblichem Hauspersonal zu leiden haben.

Dem abhelfen will anscheinend die Verordnung. Wenn es nämlich wirklich darauf ankäme, die Jugend vor der Berührung mit der gewerbsmäßig betriebenen Unzucht zu bewahren, dann müßte sie für Großstädte bestimmt sein und nicht für kleine Ortschaften, in denen es ohnehin keine Erwerbsunzucht gibt, schon weil sie sich nicht rentieren würde. So aber kann die Verordnung nur den Landmädchen klarmachen, daß sie entweder ehrbare Dienstmädchen, Plätterinnen, Wäscherinnen zu werden, oder aber zum Erwerb aus Unzucht bis zur Stadt zu fahren haben.

K. Walter



RHEIN-MAIN BANK

A K T I E N G E S E L L S C H A F T

FRÜHER DRESDNER BANK

Frankfurt a. M., Gallus-Anlage 7

Fernsprecher: Ortsverkehr 30061, 30221, Fernverkehr 30231

Depositenkassen in Frankfurt a. M.:

Mainzer Landstraße, Mainzer Landstraße 93 · **Opernplatz**, Große Bockenheimer Straße 37 – 39

Roßmarkt, Roßmarkt 14 · **Schweizerstraße**, Schweizerstraße 27 · **Großmarkthalle**, Rückertstraße 4, Westanbau

55 Niederlassungen im süddeutschen Raum



Die Republikflüchtigen

„Das ist das einzige, was ich noch hab': meinen FDGB-Ausweis und das Bild hier von meiner Alten.“ Mit diesen Worten hält mir der Flüchtling, dem ich am ersten Abend im Aufenthaltsraum der Baracke am Tisch gegenüber sitze, seine letzten Besitztümer hin.

Ohne Mißtrauen und recht kameradschaftlich begegnen mir alle, die im Durchgangslager für jugendliche Flüchtlinge aus der Sowjetzone auf ihre „Ausschleusung“ warten. Sie wissen nicht, daß ich Westdeutscher bin und wie einer von ihnen das Lager durchlaufe, um zu erfahren, was sie denken.

Das Herumsitzen im Tagesraum nimmt ein Ende, als zum Abendessen gerufen wird. Es gibt Eintopf nach Belieben; Brot, Wurst, Margarine sind zugeteilt; die Rationen werden für jeden Tag bis aufs Gramm genau am schwarzen Brett bekanntgemacht. Nur den Kaffee aus angeschlagenen, rissigen Emailgefäßen zu trinken, ist unangenehm.

Beim Essen schwärmt einer von den Koteletts, von Kuchen und Sahne, die es beim Ami gegeben habe. „Die Amerikaner brachten mich für eine Woche in ein Hotel bei X., und da habe ich ihnen zufällig etwas erzählt über Depots und Kasernen, von denen ich zufällig etwas wußte. Ist das nun Verrat? Es ist doch gegen die Sowjets“, verscheucht er seine Zweifel wieder.

Ein anderer, ehemaliger FDJ-Führer, erzählt die Geschichte, wie er in Westdeutschland Spionage für den Osten treiben sollte. „Tagsüber hätte ich zu arbeiten gehabt und abends nur ein paar kleine Berichte zu schreiben. Verstehst Du, nur ein paar kleine Berichte. Aber ich hatte Angst, da bin ich lieber getürmt. — In Westberlin sollte ich meinen Fluchtgrund beweisen. Als das nicht gelang, zitierten sie einfach einen meiner alten Vorgesetzten, der auch prompt im Westen erschien, um für mich auszusagen. Du glaubst ja nicht, wie viele zu Haus für den Westen arbeiten.“

Für die Zeit nach dem Abendessen steht ein Lustspiel im Fernsehfunk des NWDR auf dem Programm des Tages: Operettenkulissen, Sex und Intrige. Die Flüchtlinge kommen sich vor wie in eine andere Welt versetzt.

Am nächsten Morgen um sechs Uhr dreißig gehen die Betreuer durch die Baracken des Lagers und wecken, „nicht militärisch, aber kurz und markant“. „Aufstehen, aufstehen, kommt hoch Leute, los, kommt hoch...“ Aus Angst, einen schlechten Eindruck zu machen, sind alle in kürzester Zeit aus dem Bett. Schon wird das Morgengebet gesprochen, während die noch fast Schlafenden stumpf oder grinsend im Nachthemd vor ihrer kissenlosen Pritsche stehen. „Der Allmächtige möge uns an diesem Tage die Kraft geben, daß wir...“ — Nach dem Aufstehen ein „prima Bettenbau“.

„Irgendwann muß man doch mit der religiösen Rückgewinnung beginnen“, sagt mir später der Leiter der Jugendabteilung, als ich ihn auf das Unpsychologische der Maßnahme hinweise. Wir sind darüber einig, daß im Lager die Arbeit geschickter Jugendpfarrer beider Konfessionen nötig und trotz allem erfolversprechend wäre.

Wäre, wäre, wäre. So ist es mit vielem. Es wäre wünschenswert, daß irgend jemand das Lager mit Tageszeitungen, Illustrierten und Jugendzeitschriften versorge. Es wäre gut, wenn kein Jugendlicher die Lager verläßt, ohne die Möglichkeit gehabt zu haben, mit einem Menschen, zu dem er Vertrauen faßt, ausführlich über seine neue Lage zu reden. Es wäre nötig, bei den desorientierten Flüchtlingen in gründlichen Aussprachen Verständnis für die staatliche und soziale Ordnung der Bundesrepublik zu wecken. Aber es kommt nicht dazu. Die Betreuer, die ihre schwere Arbeit bei geringem Gehalt tun, sind überlastet und finden nicht die Zeit Probleme des westdeutschen Jugend- und Arbeitslebens, rechtlich und politische Fragen mit den Jungen ausreichend zu besprechen.

Werktags wird im Lager und den Werkstätten, die zum Lager gehören, acht Stunden gearbeitet. Am Sonntag ist Freizeit. Die Betreuer haben Ruhe, und wir ziehn auf den acht Kilometer entfernt liegenden Segelflugplatz, im ausgelassenen Gänsemarsch. „Drei, vier, ein Lied!“ Und dann singen wir „Liedgut aus Ost und West“, immer abwechselnd FDJ-Lieder, Volkslieder, Schlager: — „Spaniens Erde“, „Florentinische Nächte“, „Baut auf“ und „Mecki“, ein paar Nationalhymnen und „In der Heimat, in der Heimat, da gibts kein Wiedersehen“. Rias und Sender Leipzig werden voll Übermut parodiert. Hier, auf der öden Straße in einer Gegend von Deutschland, die für die Flüchtlinge eine terra incognita ist, beim ironischen Gleichschritt aus der kommunistischen Vergangenheit in die ungewisse Zukunft, erfaßt alle wie ein Rausch dieses Gefühl: wir wissen Bescheid, wir lassen uns nichts mehr erzählen, wir stehen endgültig jenseits der großen Ideologien.

Mit solcher Vorurteilslosigkeit gehen die Mitteldeutschen an die Verhältnisse in der Bundesrepublik heran. Sie lassen sich überraschen. Und wenn man nicht durchkommt, wenn „es hier auch nicht besser ist als zu Hause“, dann muß man eben zurückgehen — wenn das dann noch möglich ist.

Die Flüchtlinge stecken voller Fragen. Wie ist hier der Lebensstandard, wie wird sich die Bevölkerung uns gegenüber verhalten, werden die Mädchen uns nicht stehen lassen, weil wir „nur Flüchtlinge“ sind — das wollen sie wissen. „Flüchtlinge und Kartoffelkäfer wird man nie los“ — dies peinliche Sprichwort geht im Lager von Mund zu Mund.

Bisher haben weder die Bevölkerung Westdeutschlands noch alle zuständigen Behörden das Problem der Flüchtlingsjugend in seiner pädagogischen und politischen Bedeutung erkannt. Es sollte nicht mehr vorkommen, daß ein Beamter, der selbst mit der Verwaltung eines Lagers betraut ist, Erklärungen wie die folgenden abgibt: „Sehn wir doch realistisch. Die Jugendlichen kommen aus Abenteuerlust, und wir können sie nicht zurückschicken. Deshalb vermitteln wir sie, so gut es geht, in Arbeit. Im übrigen sind sie alt genug, um

Fortsetzung von Seite 1

Subvention schafft Verantwortung

Politische und menschliche Ignoranz
Mit Freude und Genugtuung muß festgestellt und als Beweis für den Wandlungsprozeß innerhalb der Korporationen, wenn nicht als Zeichen einer schon zum Teil vollzogenen Umwandlung erachtet werden, daß die inquisitorisch-hochnotpeinliche Befragung ohne Rücksicht auf eine sonst so sehr beachtete Verbandsdiplomatie höchst präzise beantwortet wurde. Mit der Äußerung des Chefredakteurs der Burschenschaftlichen Blätter, Dr. Amberger, „daß die Frage des 20. Juli erst nach Eröffnung der Archive geklärt werden kann und noch nicht für eine Stellungnahme durchreif“ sei, kam auch die unbelehrbare Seite der Altherrenschaft — „politische und menschliche Ignoranz“, wie sie ein Redner bezeichnete — zu Wort; doch blieb diese Stimme allein. Die Aktivitas der Deutschen Burschenschaft distanzierte sich eindeutig von ihrem Altherren-Chefschreiber. Hoffentlich bleibt sie auch siegreich in dem „Kleinkrieg mit Herrn Dr. Amberger“ und Altherrenvertretern, wie dem unentwegten Festredner vom Regensburger Burschentages im Sommer dieses Jahres. Der hochschulpolitische Referent der DB, cand. phil. Wreden, berichtete auch davon mit Sorge, aber doch voll Hoffnung und Optimismus.

Offene Aussprache ist möglich

Der VDS hat nun für die nächsten Monaten eine große Aufgabe bekommen. Er muß nicht nur ein neues Gespräch vorbereiten — wie es der Wunsch aller Teilnehmer war —, sondern aus den zuweilen noch recht deklamatorischen Worten der Spitzenvertreter aller studentischen Verbände das herausfinden, was an Gemeinsamkeit zu einer aktiven Zusammenarbeit taugt. Jetzt liegt die politische Aufgabe des VDS zum wenigsten in einem Abwehren extremistischer Elemente, zumal sie da, wo man sie vermutet, kaum mehr zu finden sind. Sie liegt auch nicht gerade im Aufpäppeln staatspolitisch wertvoller Findelkinder mit der Flasche Bundesjugendplan. Sondern er muß — nein, wir alle müssen diese begonnene hochschulpolitische Diskussion in Gang halten und die breiteste Schicht aller Immatrikulierten dazu bekommen, ob sie nun mit oder ohne Mütze und Band die alma mater bevölkern. In Fragen der Hochschul- und Examensreform, auch in den gesamtdeutschen Studentenangelegenheiten, in den Problemen Student und Wehrbeitrag, staatspolitische Erziehung und anderen gibt es vermutlich viel mehr Gemeinsames, als das bisher gegenseitige Anschweigen glauben ließ. Es sollte in den Verbänden und öffentlich diskutiert werden, um dann der Generalvertretung der Studenten zur Meinungsbildung und als Rückhalt zu dienen.

Man soll sich nicht genieren, in solchem Zusammenhang auch die Finanzierung solcher staatspolitisch wertvollen Aktivitäten richtig einzuschätzen. Bisher sind Subventionen aus dem Bundesjugendplan den Korporationen so gut wie verschlossen geblieben, wogegen die politischen Verbände und der VDS weitgehend an dieser Futterkrippe partizipierten. Es soll hier nicht einer grundlegenden Änderung das Wort geredet werden, zumal die Richtlinien zur Subvention geeigneter Programme von Jahr zu Jahr variiert worden sind. Aber sollte nicht die Theorie (mit negativen Vorzeichen allerdings) „Wess' Brot ich nit ess', dess' Lied ich nit sing“ hier Aufklärung geben können? Wenn man abseits steht und zuschauen muß, wie die anderen an der Krippe schmausen, so mag schon der Gedanke laut werden:

auf sich selbst zu achten. Zu weiteren Eingriffen hat der Staat weder das Recht noch die Pflicht“, und mit einem gedankenvollen Blick aus dem Fenster, „ja — wenn wir erst eine Armee hätten, dann wäre alles viel einfacher.“ Es gibt sie häufiger, als man denkt, diese Einstellung: wer sich nicht einleben kann, dem ist eben nicht zu helfen, es sei denn, er ist ein „Sozialfall“.

Mit der bisher geübten Methode der Eingliederung konnte trotz Aufwendung erheblicher Mittel nicht verhindert werden, daß ein großer Prozentsatz der Jugendlichen nicht Fuß faßt. Hunderte enttäuschter junger Menschen gehen monatlich den Weg zurück durch den Eisernen Vorhang nach Osten, wo man sie nur ehrlich berichten zu lassen braucht, um die gewünschte propagandistische Wirkung gegen den Westen zu erzielen.

Das Gros der jungen Einzelwanderer wird nicht von den Widerstandskämpfern gestellt, auch nicht von den „Asozialen“, wie noch manchmal behauptet wird, sondern die allermeisten sind Jugendliche wie die westdeutschen auch; nur kommen sie aus einer kollektivistischen Ordnung und müssen nun — so frühreif und unfertig wie sie sind — auf sich allein gestellt im unbekanntem Terrain um ihre Erhaltung kämpfen.

Reimar Lenz

Subventionierst Du mich, so werde ich auch kein Staatsfeind mehr sein!

Daß solche Überlegungen keineswegs taktlos sind, beweisen die Äußerungen des Frankfurter Oberfinanzpräsidenten Dr. Theodor Maier, Alter Herr des KV, auf einem Festkommers der Altakademiker-Verbände in Bochum im Oktober letzten Jahres. Dort nimmt Dr. Maier den Bundesinnenminister beim Wort und fordert von ihm, „uns aus seinem Bundesjugendplan die Mittel zu geben, um die gesamten Aktiven aller Verbände geschlossen an solchen Tagen (gemeint sind staatspolitisch wertvolle Tagungen, Anm. d. Red.) teilnehmen zu lassen“. Daneben fordert Präsident Maier von seinen Bundesbrüdern: „Eines werden wir wohl alle in unseren Verbänden tun müssen, unsere betont unpolitische und neutrale Haltung in eine betont staatsbewußte Haltung zu wandeln.“

„Großdeutschlands göttliche Gesetze“

Wenn auch nicht vom Bundesinnenminister, so aber doch von einem Bonner Ministerium wurde vermutlich die große gesamtdeutsche Herbsttagung der Deutschen Burschenschaft in Berlin „Das ganze Deutschland soll es sein“ unterstützt. Ca. 400 Aktive und Alte Herren aus der Bundesrepublik und der Ostzone kamen dort zu einem Treffen, teils Kundgebung, teils Arbeitstagung zusammen. Wenn es z. Z. auch kaum eine reale Möglichkeit zu einer Wiedervereinigung gibt, so wurde hier doch das Wollen zu einer Wiedervereinigung in aufrechter Weise demonstriert. „Gefährliche“ Themen, wie die „Haltung der vier Besatzungsmächte in Fragen der Wiedervereinigung“ gingen sachlich und ohne nutzlose Entrüstungsdemagogie über die Bühne. Besonders die Ausführungen von Dr. Silex über seine „Zeitzündentheorie“ bei der Verabschiedung der Pariser Verträge und die politisch und staatsrechtlich aufschlußreichen Worte Prof. Wenglers von der Freien Universität dienten dem Ziele der Tagung, zu einer unabhängigen, nüchternen politischen Meinungsbildung beizutragen.

Nur der BHE-MDB und AH-DB Gille wollte oder konnte nicht so schnell von seinem Berliner Wahljargon auf die bis dahin sachliche Atmosphäre der Tagung umschalten. Seine Forderung nach Wiedervereinigung bezog sich auch auf Gebiete, die „nach geschriebenen und göttlichen Gesetzen zu Deutschland gehören“. Die 1937er Grenzen schienen ihm indiskutabel, und hinter den Nebelfetzen seiner Gedanken tauchte ein noch größeres Großdeutschland auf. Der Beifall der Alten Herren riß die Aktivitas mit.

Vermerkt sei aber auch ein dreistes Beifallklopfen an einem Tisch skeptischer Aktiver, zu den rhetorischen Worten Gilles, „Ich möchte nun zum Ende meiner Ausführungen kommen!“ das mit einem beschwichtigenden Zischen entsetzter Alter Herren niedergehalten wurde. Man hatte wohl nicht nur an diesem Tisch die Propagandarolle des Urburschen Gille spitzbekommen.

20. Juli in Permanenz

Wie gesagt, hier könnten Subventionen des Bundes Früchte tragen. Wenn das Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie aus dem Deklamatorischen heraustreten und zu echter Mitarbeit werden soll, wäre die Beurteilung und Unterstützung der staatspolitischen Erziehungsarbeit der Korporationen auf einigen Sektoren einer Revision zu unterziehen.

Das Bekenntnis zur Tat des 20. Juli sollte zum Angelpunkt der gesamten staatsbürgerlichen Erziehung gemacht werden. Bisher wollte man in Deutschland so wenig begreifen, daß ein dauerndes Bereitsein zum Widerstand gegen die Allmacht des Staates, ein „20. Juli in Permanenz“, der Kern der Demokratie überhaupt ist. Dabei kann es sich nicht darum handeln, Rebellen heranzuziehen, sondern real denkende Bürger, die ihre Verantwortung gegenüber dem Staat durch ständige, lautere Kritik kundtun. Die tätige Mithilfe wird dann nicht ausbleiben.

Egon Johannes

 **DAS SIEGEL** ist seit altersher ein Kennzeichen für die Echtheit. In gleichem Sinne bürgt auch unsere Schutzmarke für die stets zuverlässige Qualität aller unserer Erzeugnisse. 
FARBWERKE HOECHST AG. vormals *Alister Lucas & Büning* Frankfurt (M)-Hoechst

Zum Neuen Jahr!

Unseren Mitgliedern und Förderern wünschen wir ein glückliches und gesegnetes neues Jahr. Wir verbinden damit unseren herzlichen Dank für das Interesse und Wohlwollen, das unsere Mitglieder und Freunde uns im abgelaufenen Jahre entgegengebracht haben, sowie für die großzügige finanzielle Unterstützung, die es uns ermöglicht hat, zahlreiche und wertvolle Vorhaben der Johann Wolfgang Goethe-Universität und ihrer Institute zu verwirklichen. Die Entwicklung der Vereinigung hat auch im abgelaufenen Jahre wesentliche Fortschritte gemacht, was schon aus der Tatsache ersichtlich ist, daß unser Mitgliederbestand sich von 478 Ende 1953 auf 672 Ende 1954 erhöht hat. Wir hoffen, auch im laufenden Jahre durch die Hilfe unserer Mitglieder und Förderer weiter erfolgreich arbeiten zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Vereinigung von Freunden und Förderern
der Johann Wolfgang Goethe-Universität
Frankfurt am Main e. V.

VEREINIGUNG VON FREUNDEN U. FÖRDERERN DER JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT E. V.

Prof. Dr.-Ing. Karl Karas, Darmstadt, Techn. Hochschule
Prof. Dr. med. Werner Siede, Darmstadt, Elisabethenstift
Textildruckerei GmbH., z. Hd. v. Herrn Horst Zimmer, Frankfurt am Main,
Mainzer Landstraße 147
Ministerialrat Dr. Albert Krebs, Oberursel (Taunus), Am Hang 13
Direktor Carl Otto Pape, Vors. d. Vorst. d. Frankf. Vers. AG.,
Frankfurt am Main, Taunusanlage 20
Heinz Teves, Mitinh. der Fa. Alfred Teves Maschinen- und Armaturen-
fabrik KG., Frankfurt am Main, Rebstocker Straße 41-53
Bankhaus B. Metzler seel. Sohn & Co., Frankfurt am Main,
Neue Mainzer Straße 40-42
Doz. Dr. Ernst Schönhals, Wiesbaden, Mainzer Straße 25
Karl Vonderbank, Frankfurt am Main, Schlosserstraße 19
Direktor Dr. Constantin Jacobi, Frankfurt am Main, Frauenlobstraße 15
Dr. Emmy Huber, Frankfurt am Main, Weberstraße 4
Prof. Dr. Franz Michels, Wiesbaden, Alwinenstraße 8 ptr.
Südwestdeutsches Kunstharz-Werk Dr. Elbel GmbH., Frankfurt am Main,
Daimlerstraße 32

Aus der Arbeit des Asta

Als kleine Hilfestellung für die Neuimmatrikulierten wurde vom Asta eine Unterweisungsversammlung mit Erfolg durchgeführt. Die Redner unterrichteten die Studenten über Aufgaben und Zweck der studentischen Selbstverwaltung, des Studentenhauses, der religiösen Einrichtungen unserer Universität, des Studentenwerks, der Neuen Bühne und des Filmstudios.

Das Parlament hat einstimmig einen Beschluß vom 9. 7. 1952 aufgehoben, der ein Auftreten des Kabarets „Die Amnestierten“ verbot.

Die in Zusammenarbeit mit den Studentengemeinden durchgeführte Weihnachtssammlung für bedürftige Kommilitonen erbrachte 722,91 DM. Davon erhielten: der Asta 40%, die beiden Studentengemeinden je 30% (Päckchenaktion Ostzone). Der auf den Asta entfallende Betrag wurde aus Mitteln des Sozialfonds auf 350,— DM erhöht und an bedürftige Kommilitonen verteilt.

In den Schnelldienstrat wurden die vom Asta vorgeschlagenen Vertreter Fräulein Berg und Herr Seidenberger gewählt. Vom

Über ein halbes Jahrhundert Hoch- und Niederspannung

SCHALTANLAGEN
SCHALTGERÄTE
INSTALLATIONSMATERIAL
ELEKTROWÄRMGERÄTE



VOIGT & HAEFFNER AG
FRANKFURT MAIN

Hochschulnachrichten

Diplom-Politologe oder diplomatus scientiae politicae?
Der Berliner Senator für Volksbildung, Prof. Tiburtius, teilte mit, daß für die Absolventen der Hochschule für Politik entweder der Titel Diplom-Politologe oder diplomatus scientiae politicae (dipl. sc. pol.) verliehen werden soll.

Rechtswissenschaftliche Fakultät
Prof. Dr. jur. Helmut R i d d e r wird an der Law School der Georgetown University, Washington, im Frühjahrssemester 1955 Gastvorlesungen halten.

Medizinische Fakultät
Prof. Dr. Dr. Oscar G a n s wurde von der Dermatological Association of Australia (British Medical Association), Sydney, zum Ehrenmitglied gewählt. Die Lybische Regierung hat Prof. Dr. Wilhelm F ö l l m e r die Stelle des General Director of Medical Services of Lybia und des Chief Surgeon Obstetrician of Cyrenaica angeboten. Prof. Föllmer hat die Stelle angenommen und ist für die Dauer von 3 Jahren von seiner Lehrtätigkeit beurlaubt worden.

Philosophische Fakultät
Dr. Otto L e n d i e, Marburg, erhielt einen Lehrauftrag für „Lateinische Sprach- und Stilübungen“.

Naturwissenschaftliche Fakultät
Prof. Dr. Edwin R a u s c h wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und auf den neu errichteten Lehrstuhl für Psychologie berufen. Regierungsrat Dr. Georg S c h l i e b e erhielt einen besoldeten Lehrauftrag für „Betriebs- und Arbeitspsychologie sowie pädagogische Psychologie“.

Gießen

Auf den Lehrstuhl für Allgemeine Pathologie und Pathologische Anatomie wurde als Nachfolger für den em. Prof. Dr. Georg Herzog Prof. Dr. Wolfgang R o t t e r, Kiel, berufen.

Prof. Dr. Rudolf W e t z e l wurde auf den neuerrichteten Lehrstuhl für Veterinär-Parasitologie, Bienenkunde und Bienenpathologie berufen.

Dozent Dr. phil. Gerhard H e i l f u r t h, Leiter der Ev. Sozialakademie Friedewald, wurde ab Winter-Semester 1954/55 ein Lehrauftrag für Sozialwissenschaft in der Allgemeinen Abteilung erteilt.

Für das Amtsjahr 1955/56 hat die Naturwissenschaftliche Fakultät den Ordinarius für Botanik, Prof. Dr. Dietrich v o n D e n f f e r, zum Dekan gewählt. Sitzungsgemäß übernimmt der derzeitige Dekan, der Ordinarius für Zoologie, Prof. Dr. W. E. A n k e l, das Amt des Prodekanen.

Die Landwirtschaftliche Fakultät hat den Ordinarius für Tierzucht, Prof. Dr. Leopold K r ü g e r, zum Dekan und den Ordinarius für Landwirtschaftliche Betriebslehre, Prof. Dr. M. R o l f e s, zum Prodekan wiedergewählt.

Die Veterinärmedizinische Fakultät hat den Ordinarius für Veterinärhygiene und Tierseuchenlehre, Prof. Dr. Elmar R o o t s, zum Dekan gewählt. Zum Prodekan wurde der Ordinarius für Tierärztliche Nahrungsmittelkunde, Prof. Dr. Hugo K e l l e r, gewählt.

Die Akademie für Medizinische Forschung und Fortbildung wählte den Ordinarius für Haut- und Geschlechtskrankheiten, Prof. Dr. Rudolf M a x i m i l i a n B o h n s t e d t, zum Dekan und den persönlichen Ordinarius für Anatomie, Prof. Dr. Emil T o n u t t i, zum Prodekan.

Katholische Studentengemeinde

Tag der KSG: Sonntag, den 30. Januar.
8.30 Uhr, Aula der Universität: Festgottesdienst.
10.30 Uhr, Aula der Universität: Festakademie. Den Festvortrag hält Prof. Dr. Freiherr von der Heyde, Würzburg.
18.00 Uhr, s. t., Palmengarten: Gesellschaftsabend. Eintritt 3,— DM. Weitere Einzelheiten am Schwarzen Brett.

A Gottesdienste:
Jeden Sonntag, 8.30 Uhr, Akademischer Gottesdienst in der Kapelle des Studentenhauses.
Dienstag, 7.15 Uhr, Gemeinschaftsmesse in der Kapelle des Studentenhauses.
Mittwoch, 7 Uhr, Messe für Mediziner in der Rektorskapelle des Städtischen Krankenhauses, Ludwig-Rehnstraße 17.
Donnerstag, 19.15 Uhr, Messe in der Kapelle des Studentenhauses.
Freitag, 7.15 Uhr, Gemeinschaftsmesse für Studierende der Pädagogik in der Kapelle des Studentenhauses.
Freitag, 20 Uhr, s. t. Komplet in der Kapelle des Studentenhauses.

Studentenwerk wurde Herr Schreiner in den geschäftsführenden, die Herren Weigel und Sauer in den erweiterten Vorstand gewählt. Der Asta beschäftigt sich z. Z. auch mit der Vorbereitung eines Faschingsballs. Als vorläufiger Termin ist der 4. und 5. Februar vorgesehen.

Vorsitzende und Referenten des Asta sowie der Sprecher des Studentenparlamentes für das WS 54/55

- 1. Vorsitzender:** Rudolf Eberl, stud. rer. pol., Delegierter des Landesverbandes Hessen im VDS
 - 2. Vorsitzender:** Else Berg, stud. rer. pol.
 - 3. Vorsitzender:** Dieter Sauer, stud. rer. pol.
- Kultur/Pressereferat:** Benno Saal, stud. phil.
Auslandsreferat: Ernst Westphal, stud. jur.
Kassenreferat: Bernhard Weigel, stud. rer. pol.
Referat für Gesamtdeutsche Studentenfragen: Hanns Schreiner, stud. phil.
Sozialreferat: Reinhard Brandt, stud. rer. nat.
Studentenhaus: Reinhold Stock, stud. rer. pol.
- Studentenparlament:**
- 1. Sprecher:** Magnus Weber, stud. jur.
 - 2. Sprecher:** Hans Urbach, stud. rer. nat.

Akademisches Benehmen?

Benehmen ist Glücksache. Das gilt leider auch unter den Studierenden. Glücklicherweise sind längst nicht alle so, noch fallen die auf, die sich daneben benehmen.

Ist eine Vorlesungsstunde zu Ende, und die Tür des Hörsaales wird geöffnet, so warten sie nicht, bis die herauskommenden Kommilitonen die Plätze frei gemacht haben, sondern stürzen ihnen wie ein Rudel von Wölfen entgegen, so daß die Hinein- und Herausdrängenden sich gegenseitig im Wege stehen.

Kommt man wenige Minuten nach 12 oder 13 Uhr in die Mensa, so fällt es einem nicht immer ganz leicht, einen Sitzplatz zu finden. Vielmehr sind von einem Kommilitonen, der „auf Zack“ war, schnell drei, vier Stühle für die Kollegen belegt, ob-

rauche

staune

gute

Laune



..... 8 1/3
eine echte Player's

wohl nicht genau feststeht, ob sie sofort kommen oder erst eine Dreiviertelstunde später. Was macht das schon? Jeder ist seinem Kollegen der Nächste. Und wenn man auch mit dem Essen fertig ist, dann ist das noch lange kein Grund, Platzsuchenden den Stuhl frei zu machen. Erst mal in Ruhe lesen, nicht wahr? Zwar sind genügend andere Räume zu dieser Zeit frei, in denen man sich, muß man auf den Zug oder auf die nächste Vorlesung warten, ausruhen kann. Aber warum, die anderen können ruhig stehen. Und so etwas stimmt einen dann mißgelaunt. Sollte so ein Benehmen zur akademischen Bildung gehören?

W. Dreyer

Freiheit der Kinder Gottes?

Was hat die Frankfurter Katholische Studentengemeinde dazu veranlaßt, eine Mission zu halten? Und wie ist der Leitgedanke der Missionswoche zu verstehen, was bedeutet „Freiheit der Kinder Gottes“? Im letzten Wahlkampf hat man sich so viel um den „liberalen Gedanken“ gestritten. Hat die Freiheit der Kinder Gottes damit etwas zu tun? Ist sie vielleicht eine Antwort auf den Liberalismus? Wir haben uns diese Fragen nicht nur selbst vorgelegt, sondern sind damit zu Studentenfarrer Dessauer, dem Initiator und Leiter der Mission, gegangen.

Hier seine Äußerungen.

Die „Freiheit der Kinder Gottes“ ist allem Parteistreit entzogen. Der Leitgedanke der Mission ist ganz einfach der, einen Weg zu zeigen, wie man leben kann. Es soll gezeigt werden, daß es möglich ist, durch Christus frei zu werden; unabhängig zu werden von der Last unserer Verhältnisse; frei zu werden von der Angst vor Schicksalsschlägen, von der Angst vor dem Risiko und von aller quälenden Unsicherheit.

Die heutige Menschheit glaubt an die freie Marktwirtschaft oder an die Gewerkschaftspolitik, sie glaubt an die Allmacht der Organisation schlechthin. Schlechte Erfahrungen haben den Zauber derartiger Dogmen allerdings sehr schwinden lassen, und man ist sehr unsicher geworden. Aber auf den Gedanken, daß vielleicht das Christentum die Fragen des Lebens zu lösen wüßte, kommen heute die wenigsten. Sie können auf diesen Gedanken auch nicht so leicht kommen, weil es selten einen Christen gibt, der ihnen die Antwort auf ihre Lebensfragen vorlebt. Die vielen lauen, ungläubwürdigen Christen sind es, die den fragenden Menschen abhalten von Christus, von dem her Antwort kommen könnte. Darum ist es ein besonderes Anliegen der Mission, die katholischen Studenten auf den Weg zu bringen, daß sie ihr Leben ehrlich und ernst auf Christus hin orientieren. Denn nur so bezeugen sie glaubhaft, daß der Christ ein echter Realist ist, der die volle Wirklichkeit des menschlichen Daseins ins Auge faßt und sein Leben danach einrichtet.

H. Lehmann-Dronke

Mit Millionen von Wettfreunden
ständig im Dienste des Sports

HESSEN-TOTO
IM WEST-SÜD-BLOCK

Ein geschätzter Dozent soll beim Anblick der letzten Seite des letzten DISKUS gesagt haben: „So, die fallen also auch schon um“, womit er sich auf die dort abgebildeten unfürhlichen Darstellungen aus dem Militärleben und den auf der gleichen Seite befindlichen redaktionellen Ausdruck „peinliche Angelegenheit“ bezog.

Dem ist nicht so. Genaues Lesen ergibt, daß peinlich die überraschende Feststellung über die Provenienz des Verlags empfunden wurde: Studenten der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität sind es, die hier auf der Erfolgsbahn der Publikumswirkung angetreten sind. So manches wird in akademischen Festreden nie zitiert — etwa dieses oder auch, daß der „U. K. Willy“, jene im Vorjahr vielerorts bejubelte anderorts aber zum Scheuel und Greuel gemachte Reklamefigur des Hessischen Ultrakurzwellenrundfunks, seine populäre Gestaltung wesentlich in Frankfurter Hörsälen trainierten Jungakademikern verdankte, und einiges Kryptoakademische mehr ließe sich noch anführen. So aber erhält sich die falsche Vorstellung vom Geist und seinen Widersachern, von der gewachsenen Kultur und jener andern, die in der Hefe des Volks gezüchtet, die erste überwuchere. Oder, im Beispielfalle: auf der einen Seite die Wissenschaften von der Gesellschaft und der Politik, beide noch jung, aber schon exakt, behutsam, dem bloß Faktischen jedoch gewachsen; auf der andern die unpräzise, kommerziell-demagogische Art, die nicht einmal Objektivität vor den historischen Fakten zu beweisen imstande ist.

Schlimmer ist es. Diese Kommilitonen sind ungeachtet solcher Studien unter die verdienenden Demagogen gegangen. Sie überragen — vorläufig — ihre Kollegen von den Studentenkabaretten durch die Zielsicherheit. Vielleicht auch durch Gesinnung. Ein Bilderbuch wie „Disziplin ist alles“ herauszubringen, angesichts des schweren internationalen Ringens um die Zulassung der westdeutschen Jugend zu europäischen, NATO- oder bundeseigenen Ausbildungsplätzen, das grenzt schon an bewußte Politik. Fahnen die Verleger so fort — und das Buch „Kultur von der Stange“ läßt es befürchten —, dann könnte die Wut über so

unkaschierte Verleumdungen bei breiten Schichten der Bevölkerung in Amüsierwut ebendaran umschlagen. Auch ist nicht entschieden, wie weit es sich um Verleumdung handelt, wieweit um Phantasie, die, ähnlich guten Arbeitshypothesen in der Wissenschaft, dem bloß Faktischen doch überlegen ist. Das gilt nicht allein für den Entwurf eines Blumentopfes mit Kurbel und Manometer an der Stelle der Blüte, oder für die Ausführung des Kommandos: Alles Überflüssige abliefern! (die Rekruten legen ihre Köpfe auf einen Haufen). Es bezieht sich vor allem auf die Vision einer künftigen Uniform — die altmodische Zweiteilung von Rock und Hose ist in einem Gesamtsack zusammengefaßt, der seinen militärischen Aspekt durch eine unübersehbare Zahl von Knöpfen in senkrechtem Reihungsglied erhält; „Durchgeknöpft“ als eine Art Synthese aus Durchhalten und zur inneren Durchführung gebracht.

Der Jubel über die Karikaturen zumal des Buchs von der Militärdisziplin ist einhellig. In Frankfurt soll es das meistgekauftete des christlichen Friedensfestes gewesen sein. Vor ihm schieden sich einmal nicht die Presse der Regierung und der Opposition, soweit es sich jetzt übersehen läßt. Anscheinend ist die Lust am zivilen Dasein und zum Gelächter über ehemalige Tyrannei allgemein und nahezu plebiszitär geworden. Unser Grundgesetz sieht aber keine Volksabstimmungen vor, und damit wird es wohl auch zusammenhängen, daß der offene Hohn so ungescheuten Zugang zu allen Staatsbürgergemütern findet. Hohn als Trost für die Misere, die „so oder so kommt“, böse Spiele, veranstaltet, um beiläufig die gute Miene zu lernen, einhelliges Stachelöken und Bereitwilligkeit, darauf auch noch einen Reim mitzumachen — die Kommilitonen haben ein großes Verdienst (neutr.) erworben mit diesem Schauspiel einer Volksselbstbelustigung. Und um diesem Verdienst auch die Krone und zugleich die Tarnkappe für die „so oder so“-Zukunft aufzusetzen, haben sie uns noch ein Rezept mitgegeben: Sie haben ihre beginnende Bilderbuchreihe „Schmuntzelbücher“ getauft. Nehmen Sie's also nicht so ernst, wie die Sache ist.

G. Selber

In roter Kupferschale glimmt und glimmt
der Tabak. Die Sekretärin zieht
an ihrer Zigarette, nimmt
ein Blatt Papier und sieht mich fragend an.

Soll ich ihr noch einmal vom Untergang
diktieren? Vielleicht ein Strandidyll
mit Möven, Muscheln, Seewind, Tang?
Ein Liebeslied wär wohl nicht zeitgemäß.

Effektiv sind Lemuren, Masken, Stars;
Raketenbahnen, Opfer, Tod, Uran;
ein wenig Angst in leeren Bars
betäubt mit Trumpetblues und Gottfried Benn;

Gewehr bei Fuß am Heldengrab. Und schon
verdichtet sich der Rauch
zur ungeheuren Vision.
Sie können schreiben, Fräulein:

Bin kein König Kreon, Komma,
frag nicht nach Ziel und Sinn;
schreib bei letztem Neon
meine Rhythmen hin.

Andreas Donath

Dies Gedicht schien uns zu gut, es abzulehnen, zu wenig auf sich selbst stehend, es ohne das Geländer eines Kommentars zu veröffentlichen. Zunächst ergab die Rückfrage, daß es tatsächlich als eine Parodie auf Benn oder auch die längst epidemisch gewordene Benndicitis gemeint war. Nun sind Parodien häufig Vernarbungen verschämter Liebes-Wunden, und das erklärt einiges Epigonale, rechtfertigt es darum aber noch nicht. So ist jene Sekretärin der ersten Strophe eine ehrwürdige Gestalt der Literatur. Vermögende Dichter, etwa auch Goethe, haben eine Schreibkraft keineswegs verschmäht, in sicherer Ahnung der Steigerungsmöglichkeiten, welche die Kongruenz des poeta dictator anbietet. Der aber ist der Mittlerin unwürdig, echter Epigone, der nicht durch sie sein Inneres zu Papier gelangen läßt, sondern vor ihr als Zeugin dem Lesekunden die Überlegung vorträgt, welcher Artikel aus dem Lyrasortiment wohl saisongerecht sei. Das Fräulein wirkt nicht nur wie ins Vertrauen gezogen, sondern — o weh! — wie unworben mit up to date-Allegorien („Soll ich ihr noch einmal...?“ — „Effektiv sind...“) und am Ende unaussprechbar („Ein Liebeslied...“). Das also wäre nicht benisch, sondern epigonaltypisch.

Dafür ist anderes wieder gelungen. So der Streich mit „König Kreon“ (bekanntlich der Vater, den Ödipus unwissend erschlug). Höchst tiefinnig, geradezu bodenlos; denn eine Bedeutung steckt eben nicht dahinter, wäre wohl auch nicht dahinterzustecken. Der Reim, seinerseits noch verblendet (Ödipus!) ist bloßer Bluff, wie so manche Anspielung, welche auch das Original zur bloßen Verdichtung des Rauches montiert hat.

Ein gleiches Lob gebürt dem pseudosakralen Beginn, wo „Kupfer-“ so deutlich für „Opfer-“ erklingt, und als Kontrapost dem Ende wo eine Quadriga der Assoziationen — claudiusische Zufriedenheit, goethischer Musensohn, der Herr, der versichert „hab kein Rittergut“, und jene Moderne, der die Beleuchtung den Telegrammstil neoninspiert, der am Ende doch immer noch ein letztes Lied ausgibt.

Nur ist dazwischen die Speisekarte durcheinandergeraten: Untergang nein; vielleicht Natur, Liebe lieber nicht, dann aber doch wieder Untergang, in Emblemen und Stimmung zitiert, und darauf etwas, man weiß nicht recht, ob es Nachuntergang sein soll oder selbständige Nationalpoesie. Kurzum, hierauf fällt die Wahl, der Leser ist schon auf Donnerhall, Marschiern im Geist, o. ä. gefaßt, da aber beginnt jener zu schweifen, kaum ein juchhe der vanitas, vanitatum vanitas unterdrückend.

Einem Parodisten darf der Schalk nicht im Nacken sitzen, sondern im Gesicht. Dort soll ihn die Maske ganz bedecken. Sonst sitzt sie nicht auf, sondern fängt an zu schlenkern.

Katherine Mansfield

Katherine Mansfield ist in Deutschland nahezu unbekannt. In den zwanziger Jahren erschienen zwar zwei Auswahlbände ihrer Kurzgeschichten in einem Wiener Verlag, aber sie blieben ohne größere Wirkung und sind heute nicht einmal mehr in den Bibliotheken aufzutreiben. Das mag seine Ursache darin haben, daß Katherine Mansfield mit ihrer ersten Kurzgeschichtensammlung „In a German Pension“ Idiosynkrasien auf sich gezogen hat, die selbst durch literarische Qualität schwer zu überwinden sind. In diesen Geschichten portraitiert sie — angeregt durch einen längeren Aufenthalt in Bad Boll — einige deutsche Charakterzüge. Die Momentaufnahmen mögen etwas unwirklich geraten sein; sie nannte sie später selbst „not quite fair“.

Der Band erschien 1911 — heute also scheinen die Empfindlichkeiten überwunden, zumal die von Katherine Mansfield karikierten Gestalten der wilhelminischen Ära längst von der Komik des Außer-Mode-gekommenen eingeholt sind. Wird die neue Mansfield-Ausgabe, von der nun zwei Bände Erzählungen und Kurzgeschichten vorliegen¹⁾, eine größere Wirkung haben?

Es spricht manches dafür, denn auch die Bedingungen des Verständnisses haben sich verbessert. Was Peter Suhrkamp über Marcel Proust sagte, gilt auch für Katherine Mansfield: „Wir sehen viele Dinge anders und vor allem komplexer als die Menschen im ersten Viertel unseres Jahrhunderts. Die Verbreitung von Freuds Psychoanalyse im allgemeinen Zeitbewußtsein, auch dort, wo man sich nicht direkt damit beschäftigte, hat nicht zuletzt zur Erleichterung der Lektüre von Proust beigetragen. Unser Bild vom Menschen hat sich dem von Proust genähert, ohne daß wir uns dessen recht bewußt geworden wären; wir haben Erfahrungen gemacht, die zeigten, daß ein Mensch sich nicht immer gleich ist, daß er in einem Moment ein ganz anderer sein kann als in einem anderen, möglicherweise sogar das Gegenteil, und daß sogar zur selben Zeit ein Mensch nebeneinander Gegensätzliches in sich vereinigt; wir gewannen ein Bild vom Menschen, das ihn im Zustand ständiger Mutation zeigt...“

Das Zusammentreffen der Neuauflagen der Werke von Marcel Proust und Katherine Mansfield scheint mehr als ein Zufall zu sein. Der Vergleich mit Proust tut allerdings Katherine Mansfield Unrecht, denn er ruft die Vorstellung höchster literarischer Qualität hervor, der sie nicht entsprechen kann. Trotzdem hat er seine Berechtigung. Wollte man Katherine Mansfield nach den philologischen Schubfachmethoden einordnen, so käme sie — wie Proust — in das Fach des „literarischen Impressionismus“. Sie ist 1888 geboren, also 17 Jahre jünger als Proust und starb im Januar 1923, knapp zwei Monate nach ihm. Ihre Jugend verbrachte sie in Neu-Seeland, siedelte später nach England über. Längere Zeit lebte sie in Frankreich, Italien und Deutschland. Ihr literarisches Werk besteht aus ein paar Dutzend Kurzgeschichten und Tagebüchern. Gelegentlich scheiterte sie in dem Versuch, einen Roman zu schreiben. In ihrem Tagebuch schreibt sie einmal, daß sie nur „Strickereien“ im Sinn habe, zu denen das Grundgewebe fehle. Sie hat selber geahnt, daß das nicht nur persönliche Unzulänglichkeit sei, sondern daß sich darin die Beschädigung des Lebens spiegelt. Der Begriff der Erinnerung — der dünne Faden, der Prousts „A la recherche du temps perdu“ zusammenhält — spielt auch in ihrem Werk eine große Rolle. Ihre Kurzgeschichten sind Bilder, durch die Erinnerung versteinert und bewahrt: Ihr erster Ball, ein Gartenfest, der Tod des Vaters, das Wochenendhaus am Meer. Erinnerung ist kein passiver Vorgang, sondern sie konstituiert erst die Wirklichkeit. Alles Glück und aller Schmerz ist mit ihr verbunden.

H. Nicklas

Umsteiger zum Mond

Technische Fortschritte verlieren mehr und mehr an Sensationskraft, weil ihre Häufigkeit uns keine Zeit mehr läßt, jedesmal in Verwunderung auszubrechen. Über einen Düsenjäger spricht der Laie im gleichen Tonfall wie über sein Fahrrad, obwohl er von dem ersten nicht mehr versteht, als daß es ein stromlinienförmiger Haufen von Blech und Kunststoff ist, der mittels einer „Düse“ die „Schallmauer durchbrechen“ kann. Dabei gibt es einen Knall, wie aus der Zeitung ersichtlich. Die eingehenden Beschreibungen „Fliegender Untertassen“ in der Morgenzeitung vermögen trotz deren sagenhaften Eigenschaften nicht einmal mehr den geregelten Ablauf des Frühstückes zu stören, weil der Leser einfach nicht in der Lage ist, diese und ähnliche Mischungen technischer Dichtung und Wahrheit auf ihre reale Substanz zu prüfen.

Es nimmt darum nicht wunder, daß die Schilderung einer Reise ins Weltall, wie sie das Buch Werner v. Brauns: „Die Eroberung des Mondes“²⁾ gibt, nicht mehr die gleiche Aufregung hervorruft, wie zu Zeiten Jules Vernes, obwohl das Buch wissenschaftlich fundiert ist.

Braun und seine Mitarbeiter haben bereits in dem 1953 in Deutschland erschienenen Buch: „Station im Weltenraum“ den Bau eines künstlichen Mondes außerhalb der Erdatmosphäre vorgeschlagen. Von diesem in 1730 Kilometer Höhe kreisenden Himmelsbahnhof soll die neuerlich skizzierte „Operation Mond“ gestartet werden. Drei am Satelliten montierte Mondschiffe würden mit etwa fünfzig Naturwissenschaftlern zum Mond fliegen, um dort erste Untersuchungen durchzuführen. Dieser Mondflug mit „Umsteiger“ ermöglicht eine wirtschaftlichere Lösung des zentralen Brennstoffproblems insofern, als die Schiffe jener aerodynamischen Verkleidungen und Steuermechanismen entbehren können, die zur Überwindung der luftgefüllten Erdatmosphäre notwendig wären und vom Flugzeug her bekannt sind. Dadurch wird Nutzlast und Brennstoffverbrauch in ein technisch und wirtschaftlich denkbare Größenverhältnis gebracht.

Es liegt nahe anzunehmen, daß ein solches Projekt auf der Atomkraft basieren müßte, wie es zweifellos auch in jedem üblichen Zukunftsroman modernitätshalber der Fall wäre. Es spricht für die Glaubwürdigkeit der Autoren — soweit das nicht ihr wissenschaftlicher Rang schon tut —, daß sie eine solche Möglichkeit für lange Zeit in Frage stellen und auf dem bisher bekanntem Raketenantrieb mit Salpetersäure und Hydrazin gründen.

Die bis ins Detail unkomplizierte Schilderung läßt durch ihre Leidenschaftslosigkeit und pedantische Genauigkeit vermuten, daß gleichermaßen auch alle anderen Daten nicht im Bereich der Utopie, sondern im Bereich kühner technischer Planung liegen. Es ist nur bedauerlich, daß wir uns angewöhnen mußten, technische Neuerungen derartigen Formats ausnahmslos auf militärischem Hintergrund zu sehen. Denn nach den Erfahrungen unserer Generation ist zu erwarten, daß die riesigen Geldmittel, die solche Vorhaben notwendig machen würden, nur verfügbar sind, wenn es das strategische Interesse ratsam erscheinen läßt.

Die Tatsache, daß sich seit einigen Jahren wieder ein strenges Schweigen über die jüngsten Ergebnisse der Raketenforschung gelegt hat, spricht dafür, daß sich die Militärs bereits stark für Raumprojekte interessieren, denn deren strategische Auswertungsmöglichkeit liegt auf der Hand. Das wiederum ist ein Indiz dafür, daß der Mensch bald sich von seiner Erde zu lösen vermag, wenn auch in bedauerlicher Absicht.

Werner Schaffernicht

¹⁾ Seligkeit, Erzählungen, 410 S., Leinen, 16,80 DM. Das Gartenfest, Erzählungen, 304 S., Leinen, 14,80 DM. Beide Verlag „Die Arche“, Zürich und Nymphenburger Verlagshandlung München.

²⁾ W. v. Braun, W. Ley, F. L. Whipple: „Die Eroberung des Mondes“. S. Fischer-Verlag, 1954, 124 S., 40.



Sie sind weitergegangen...

Und bei den Heiden hungern
die Kindlein dürr und blaß.
Es geben ihnen die Heiden
keinem irgendwas.

B. B.

Es war schon gegen Abend und der Himmel war ganz schwarz soviel Schnee hing noch in den Wolken. Als Pet von der Veranda gesprungen kam, streifte er unten auf der letzten Stufe den Schnee mit beiden Händen zusammen, drückte den Klumpen fest, rundete ihn und schleuderte den Ball mit einem kräftig angezogenen Wurf herüber zum Hof.

Er horchte.

Und kurz nachdem er den Ball über der Rosenhecke, die jetzt zugedeckt war, aus den Augen verloren hatte, sprang das Eis des Teiches, der dort hinten lag, mit einem flatternden Knacken.

Dann besann er sich, daß er nicht mehr viel Zeit habe, denn die anderen Jungen konnten schon am Tor sein, und er rannte durch die verschneite Allee davon.

Pet wartete jeden Sonnabend vor dem Dienst auf die anderen Jungen am Tor an der Straße. Sie zogen immer zusammen durch den ganzen Ort und holten einen nach dem anderen ab, denn manche Eltern wollten es ihren Jungen nicht erlauben, daß sie in den HJ-Dienst gingen, wenn aber so viele kamen, konnten sie nichts machen und mußten ihre Jungen mitlaufen lassen.

Die lange Standuhr auf der Diele im Haus hatte zwar erst gerade dreiviertel Sechs geschlagen, aber es war schon möglich, daß die Jungens schon am Tor waren. Sie würden nicht lange warten, denn im HJ-Dienst wurde auf Pünktlichkeit gesehen.

Sie waren noch nicht am Tor. Schon von weitem sah er das. Nur Hannes, der Pferdeknecht vom Gut, stand da vorn und rauchte seine Pfeife. Immer wenn Pet am Sonnabend auf die anderen wartete, stand Hannes am Tor und sie unterhielten sich. Hannes redete von Pferden und Pet erzählte von der Schule. Manchmal redeten sie auch von den Bäumen. Neben dem Tor stand auf beiden Seiten eine Kopfweide am Straßengraben. Bei der einen war die Rinde an der Seite aufgeplatzt. Der Baum war innen hohl, und sie dachten sich immer aus, wie das aussähe. Pet sagte: wie ein Bär. Er hatte in Wirklichkeit noch nie einen Bären gesehen. Er sagte immerhin, man könne sich einbilden, der Baum sähe aus wie ein Bär, wenn sie darüber sprachen, denn er ärgerte sich immer, daß ihn Hannes mit einem Stier verglich. Wie ein Stier sah er nun ganz bestimmt nicht aus.

— Er soll nur nicht wieder von den Bäumen anfangen — dachte Pet als er die Allee herunterrannte und Hannes am Tor stehen sah. — ... na, er wird schon nicht ... ich werde ihm von der neuen Uniform erzählen. Er wird gar nicht auf den Baum zu sprechen kommen. —

Er hatte nämlich seine neue Winteruniform zum erstenmal an. Sie war aus dunklem Wollstoff. Die Keilhose hatte noch eine scharfe Bügelfalte. Das sah schneidig aus. Er war gespannt, was Hannes an der Ausrüstung am besten gefallen würde. Ihm gefiel das Messer am besten. Bei Hannes konnte man denken, er würde das Koppel besonders gut finden, denn Lederzeug imponierte ihm schwer, weil er mit den Gäulen zu tun hatte.

Aber Hannes sagte gar nichts als er am Tor vor ihm stand. Er lehnte an dem roten Steinpfosten, starrte vor sich hin und sog an seiner Pfeife aus der von Zeit zu Zeit eine dicke Rauchwolke sprang.

— ... Tag Hannes, sagte Pet. — sind die Jungen schon vorbei? — Nein — sagte Hannes. Und es war so, daß er kaum den Mund aufkriegte dabei.

— Was der nur heute hat — dachte Pet und stieß mit der Schuhspitze in den festgetretenen Schnee. — ... was der nur heute hat, daß er so vor sich hinstarrt. —

Er ging ein Stück herüber, um die Straße heruntersehen zu können. Da merkte er erst, was eigentlich los war. Einer der Weidenbäume war umgebrochen. Pet ging hin und trat mit dem Hacken seines Fußes auf die Rinde, daß es zäh aufquietschte. Endlich sagte Hannes etwas.

— Schade um den Baum — sagte er, — der muß schon gut seine achzig Jahre gehabt haben. Aber weißt du, er hatte zu viele Äste obenherum. Da blieb der ganze Schnee drin hängen und das hat dann der Stamm nicht ausgehalten. —

— Mm, — meinte Peter, — das wäre wohl so, aber, ob ihm denn nichts anderes auffiele? —

— nein, — sagte Hannes — das wäre doch schlimme genug ... und wenn es nach ihm gegangen wäre, hätten sie den Stamm schon längst ausmauern müssen, denn es sei wirklich ein schöner Baum gewesen.

Das habe er gar nicht gemerkt, antwortete Pet, ob ihm denn wirklich und wahrhaftig nichts anderes aufgefallen sei?

— nein —, sagte Hannes wieder. Und diesmal verschluckte er die Rauchwolke und blieb sie langsam in kleinen Strichen an beiden Ecken seines Mundes und aus der Nase hervor.

Na, — meinte Pet, dann müsse er es ihm wohl sagen. Ob denn seine neue Uniform nicht schneidig aussehe?

Hannes sagte gar nichts. Er knurrte nur, nickte vorsichtig mit dem Kopf. Fing Pet wieder an. Das wäre solches Leder ...! Er soll sich nur mal das Koppel ansehen.

Hannes faßte es auch an, verschob seine aufgesprungenen Lippen und sagte: — na ja —

Dann sprachen sie nichts mehr, und nach einer Weile sagte Hannes: Er wolle jetzt nach Hause gehen, es sei doch sehr kalt heute und Pet war es gleichgültig, denn die Jungen mußten gleich kommen.

Die Straße machte am Tor eine Biegung. Wenn man etwas aus dem Tor heraus auf das Pflaster trat, konnte man ein ganzes Stück ins Dorf heruntersehen.

Die Kälte begann Pet in den Zehen zu zwicken, und er trat vor und guckte, ob denn die Jungen nicht endlich zu sehen seien. Schließlich kam auch hinten auf der Straße eine Menge Leute, aber als sie nahe genug heran waren, erkannte er, daß es die polnischen Arbeiter waren, die aus der Zuckerfabrik jeden Abend ins Lager zurückgeführt wurden, und er schimpfte vor sich hin.

Die Arbeiter kamen heran. Sie liefen in ausgerichteten Reihen, aber es war nicht der zackige Klang in ihren Schritten, den es gab, wenn sie vom Dienst ins Dorf marschierten, sondern ein müder, schlurfender Trott mit dem die Schuhe über das Pflaster gingen.

Nebenher liefen die Polizisten. Sie hatten kurze Gewehre umgehängt. Die Läufe waren eingefettet und glänzten mattblau auf ihren Rücken. Um den Haufen der Arbeiter kreisten zwei struppige Hunde, wie um eine Herde Vieh. Sie hatten lange zerfetzte Felle und spitze häßliche Köpfe.

Pet sah nicht gern nach den Männern und nahm den Kopf schnell herum, um wieder die Straße herunterzusehen, auf der jetzt gleich die Jungens kommen mußten. Dabei durch-



Chr. Schmolck

streifte sein Blick den ganzen elenden Zug, und seine Augen fielen auf ein Gesicht. Ein Junge, etwas älter als er selbst vielleicht. Er ging allein hinter der letzten Reihe und hatte tief liegende, gelbliche Augen, ein blasses Gesicht, in dem die Haut seltsam schlaff über die vortretenden Backenknochen hing und einen länglichen Schädel.

Für Sekunden trafen die gelben Augen des Jungen sich mit den seinen, und es war ihm als wende der Junge seinen Kopf etwas herum, um ihn länger sehen zu können. Erst wollte er wegschauen, denn das Gesicht war so unheimlich traurig, daß es ihm die Tränen gegen die Augen trieb. Die Blicke der gelben Augen klammerten sich an ihn und er mußte weiter herübersehen. Er schämte sich sehr über sein Würgen im Hals. Und bis er damit fertig geworden war, indem er immer wieder daran schluckte, war der Zug vorbeigezogen, und er sah auf der Straße gegen die Schule hin die Menschen nur noch als einen kleinen schwarzen Fleck, der aussah wie ein Klumpen frischer Erde.

Die Dunkelheit fiel von den Bergen her. Sie drängte sich zwischen die vereinzelt Gehöfte und legte sich über die Straße.

Wenn die anderen doch endlich kämen, dachte er.

UND DANN SAH ER WIEDER DIE AUGEN. Die gelben, hungrigen Augen mit dem Blick eines Hundes. Eine Gestalt kroch aus dem Straßengraben ein Stück aufwärts der Straße und kam herüber. Und die Gestalt hatte das eingefallene Gesicht mit der welken Haut, die von den Backenknochen schlaff und gelb herabhing und die hungrigen Augen des Jungen aus dem Zuge.

Die Gestalt bewegte sich groß und hager auf ihn zu, und es war Pet als würden die Schritte der Schuhe auf dem Pflaster, die näherkamen, eins mit den Schlägen des Blutes in seinen Ohren. Es war der Junge aus dem Zug.

Er war jetzt ganz sicher, daß es der Junge war, wenn er auch nicht wußte, woher er kam.

— Wenn er nur nicht herkommt —, dachte er, und versuchte nicht hinzusehen. — Wenn er nur vorbeigeht und nichts sagt. Er ist ein verdammter Dreckpole, und es ist nicht schade, wenn er vor die Hunde geht. So haben sie es uns gesagt. Ich kann es nicht ändern. Ich darf es einfach nicht, weil sie es uns immer wieder gesagt haben, es wäre gut, wenn sie alle vor die Hunde gingen ... und wenn er rüber kommt, würde ich ihm vielleicht doch helfen, weil er so hungrige Augen hat. —

Und weiter: — ... er wird schon nicht kommen. Ich habe ja Uniform an. Das wird er sehen und dann wird er es nicht versuchen ... aber wir haben uns vorhin angesehen.

Er starrte der Gestalt entgegen und hoffte zugleich, sie würde vorbeigehen, aber sie kam näher und näher, und als sie nur noch ein paar Schritte vor ihm stand, begann sie zu sprechen.

Mit einer ganz leisen, fast winselnden Stimme begann sie zu sprechen und sagte ... — ... du ... Junge ... ich habe Hunger ... hast du Brot?

— Ja — sagte er, ohne überhaupt überlegt zu haben, und er ersticke fast an dem Wort, denn er sah, daß etwas in dem Gesicht des Jungen anders geworden war.

Unter dem rechten Auge war ein schmaler, verdreckter Riß. Daraus war Blut über die gelbliche Haut geronnen und das Blut war schwarz geworden.

— Was ist dir passiert? fragte Pet.

Der Junge mit den gelben Augen sah nur starr gerade aus.

... — hörst du nicht, sagte Pet, — was ist dir passiert. —

— ich bin hingefallen, Junge ... da in den Graben ... —

... und sie haben es nicht gemerkt? —

— sie sind weitergegangen. Sie gehen immer weiter, wenn einer umfällt. Wir stehen schon wieder auf, wenn es vorbei ist und gehen ins Lager zurück. Weg kommt doch keiner! —

Pet nickte.

Dann griff er in die Tasche und holte das Brot heraus, daß sie ihm für den Abend mitgegeben hatten.

— Hier nimm und iß ... und dann geh aber — sagte er.

Als er aber sah, wie gierig der Junge das Brot herunter-

schlang, sagte er: — ... warte hier. Ich hol dir noch was. —

Und schon rannte er die Allee zurück zum Haus. In der Küche war niemand. Sie saßen wahrscheinlich beim Abend-

brot. Aus der Speisekammer nahm er ein Stück Brot und zwei Äpfel fand er auch noch.

Die Äpfel stopfte er in die Tasche, das Brot behielt er in der Hand.

Schon hinter dem Haus hörte er das Geschrei der Stimmen am Tor. Das waren die Jungens.

— Sie dürfen dich nicht sehen. Nur so kannst du vielleicht noch etwas machen — überlegte er und bog in einen Seitengeweg ein, der durch den Park führte. Der Weg blieb immer zwischen den Bäumen, bis er kurz vor dem Tor wieder in die Allee einbog. Wenn man durch die Büsche bis zum Zaun durchkroch, konnte man sehen, was auf der Straße vor sich ging, ohne selbst gesehen zu werden.

Inzwischen war er nahe genug herangekommen, um zu hören, was sie schrien.

„Dieser Drecklump, — brüllte einer ...“ ausreißen wollte er. Schlag ihn Jochen ... jawohl immer rin ... schlag ihn so, daß er nicht mehr aufsteht. —

Dazwischen rief der kleine Krüger zerrend: „Wehr dich doch, wehr dich doch.“

Pet teilte die Zweige der Büsche mit den Ellenbogen auseinander und sprang hinter einen Buchenstamm dicht am Zaun.

Sie standen in einem losen Kreis um den Polenjungen. Ihre Schulterriemen hatten sie abgenommen und schlugen damit nach ihm.

Vor dem Polenjungen stand ein kleiner untersetzter Junge und hielt ihm die Fäuste hin.

Der Polenjunge winkelte die Arme an. Sie sackten ihm kraftlos herunter, und er torkelte als er sich vorbeugte, um sich zu wehren.

— ... das haben wir gern ... feige ist der Kerl auch noch, schrien sie und schlugen ihn mit dem Riemen ins Gesicht.

Der Schrei riß in der Luft und die Häuser gaben Echo.

Pet sah weg.

— ... es ist so scheußlich, — sagte er leise vor sich hin. Er preßte sein Gesicht gegen den Baum und sagte immer wieder:

— Ich will nicht mehr hinsehen. Es ist so scheußlich. Er tat nichts. Er wartete. Er wollte nur nichts davon sehen.

Er konnte sie nicht hindern ihn zu schlagen.

Die Stimmen entfernten sich. Er sah auf. Sie zerrten ihn jetzt die Straße herauf zum Lager und immer wieder hörte er die Schreie, wenn sie ihn schlugen.

Und wie er ihnen durch das Maschenmuster des Drahtzaunes nachsah, ging wie von allein seine Hand auf, in der er immer noch das Brot hielt, und das Brot fiel in den Schnee.

Hans-Christian Kirsch

Zur Diplomatie zwischen Großmächten

Das amerikanisch-russische Verhältnis ist in erster Linie ein Problem der Gegenwart. Jede außenpolitische Betrachtung mit größeren als tagespolitischen Zielen muß unter Berücksichtigung der Machtfaktoren geschrieben werden, die jetzt und über alle Grenzen hinweg wirksam sind, fast immer aber ihre Ursachen in der Vergangenheit haben. Über die jüngere und die jüngste Vergangenheit gibt es aber nicht viel Literatur, die als Mittel zur Analyse der politischen Situation der Gegenwart geeignet wäre. Meistens stehen dafür nur Memoiren zur Verfügung. Ihr Wert ist, wenn auch nicht immer, aber doch in der Mehrzahl der Fälle, zweifelhaft. Eine lesenswerte Publikation, die ein wissenschaftliches Werk ist und von einem Kenner der Besonderheiten der Außenpolitik geschrieben wurde, ist George F. Kennans „Das amerikanisch-russische Verhältnis“, eine Zusammenfassung von historischen Vorlesungen, die der Autor im vergangenen Sommer an der Frankfurter Universität gehalten hat.

Ein wesentlicher Inhalt des Buches ist die analytische Interpretation der Entwicklung von zwei sich notwendig feindlich gegenüberstehenden Ideen und ihrer Auswirkungen auf die zwischenstaatlichen Beziehungen zweier Weltmächte — der USA und der UdSSR. Kennans Betrachtungen über die Eigenheiten der amerikanischen und der sowjetischen Diplomatie liegt die Anschauung zugrunde, daß geopolitische Momente nicht nur wesentlich bei ihrem Entstehen sondern auch hinsichtlich ihrer augenblicklichen Form eine Rolle gespielt und daß auch in Zukunft die Diplomatie der beiden Mächte sich nach ihnen werden richten müssen. Auf der einen Seite die merkantil-puritanische Lebensauffassung der Amerikaner, die ihre gegenwärtige spezifische Form — nach Kennans Meinung — deswegen erhalten hat, weil die abseitige geographische Lage Amerikas lange Zeit den kontinental-europäischen Einfluß auf ein Minimum beschränkte,

kann nicht eine originelle Methode zur Verminderung von Weltspannungen genannt werden, denn sie trägt zu sehr die Züge einer der Resignation abgezwungenen Kraftanstrengung in sich.

Wenn man noch die heutige US-Politik gegenüber Rotchina betrachtet, wäre die Feststellung nicht bawegig, daß das State Department auf eine Methode zurückgegriffen hat, die sich im Falle Rußland (1917—1933) als falsch erwiesen hat. Und ein Vergleich zwischen dem China von heute und dem Rußland der zwanziger Jahre ist nicht unbedingt schief.

Wohl niemand kann oder will heute die Entwicklung Chinas zur Großmacht mit den traditionellen Mitteln der Diplomatie beeinflussen. Es müßte aber für eine Macht, die in Ostasien lebenswichtige Interessen hat, ein Gebot der Stunde sein, einen Vertreter mit wachen Augen nach Peking zu entsenden. Niemand wird Kennans Worte bezweifeln wollen, als er davon sprach, daß es im State Department eine Reihe von erfahrenen Diplomaten gebe, die immer noch Mut zur Kritik an den Methoden der Außenpolitik ihrer Regierung haben. Wieviel das Wort von Berufsdiplomaten aber gilt, wo doch jeder Präsidentenwechsel ein allgemeines und umfassendes Revirement des diplomatischen Dienstes bedeutet, hat George F. Kennan nur angedeutet.

Oscar Strobel

George F. Kennan: „Das amerikanisch-russische Verhältnis“. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart. 96 Seiten, Engl. Broschur, 5,80 DM.

Volkswirtschaftspolitik

Struktur und Organisation von Landwirtschaft, Gewerbe, Handel und Gesellschaft darzustellen und die sich daraus ergebenden Grundsätze einer „Volkswirtschaftspolitik“ herauszuarbeiten, versucht ein neu erstellter Schaeffer-Band^{*)}. Den Vorteilen des schematischen Aufbaus der Schaeffer-Bände stehen im vorliegenden Band erhebliche Schwächen gegenüber, vor allem bei den z. T. überflüssigen Erörterungen des allgemeinen Teils. Die Bearbeiter haben nämlich die Grenze der möglichen Schematisierung verkannt und deshalb häufig groteske Schlagworte geprägt. Man kann sich von ihnen z. B. über die Wesensschichten des Menschen (S. 11) folgendermaßen belehren lassen:

„1. Der Mensch ist ein religiös-sittliches Wesen, das heißt: Jede wirtschaftliche Auffassung muß aus ihrer religiösen Grundhaltung verstanden werden.“

„2. Der Mensch ist ein Vernunftwesen, das heißt: Er sucht nach Wahrheit, ohne doch letzte Wahrheit finden zu können. Der rationalen Durchdringung aller Dinge ist eine Grenze gesetzt. Diese Grenze ist in der Wirtschaft besonders erkennbar.“

„3. Der Mensch ist ein gesellschaftliches Wesen, das heißt: Die erste gesellschaftliche Tatsache ist die Familie. Darüber hinaus entsteht durch die Wohngegend . . . usw. eine vielfältige Verflechtung des Menschen mit der Gesellschaft.“

Warum die hoffnungslose Suche nach Wahrheit in so katechetischer Weise den Menschen als Vernunftwesen bestimmt, bleibt unerfindlich; der entgegengesetzte Schluß liegt nach obiger Formulierung weit näher.

„3. Der Mensch ist ein gesellschaftliches Wesen, das heißt: Die erste gesellschaftliche Tatsache ist die Familie. Darüber hinaus entsteht durch die Wohngegend . . . usw. eine vielfältige Verflechtung des Menschen mit der Gesellschaft.“



Bedeutet der „Mensch als ein gesellschaftliches Wesen“ wirklich, daß die Familie die „erste gesellschaftliche Tatsache“ ist? Nicht nur hier sondern auch in ihrer sich noch auf weitere Punkte erstreckenden Erfassung der „Wesensschichten“ des Menschen ersetzen die Verfasser Denken und Logik durch ein schlichtes: „das heißt“.

In den sachlich umfassenden Kapiteln über die einzelnen Zweige der Volkswirtschaftspolitik hat die stilistische Schematisierung häufig zur Folge, daß unrichtige Schlagworte geprägt werden. Das beweist z. B. die Formulierung (S. 12):

„Die wirtschaftspolitische Taktik stellt auf die Nahwirkung ab. Sie muß der wirtschaftspolitischen Strategie untergeordnet sein.“

Wenn die Taktik der Strategie wirklich untergeordnet sein muß, kann es eigentlich die oft so verhängnisvollen ad-hoc-Eingriffe, die stop-gap-measures oder Panikmaßnahmen gar nicht geben; sie sind zweifellos wirtschaftspolitische Taktik, aber genau so sicher durch ihre mangelnde Unterordnung unter jede Strategie gekennzeichnet. — Durch Einseitigkeit falsch ist z. B. noch folgende Definition (S. 158):

„Gegenstand (= der Sozialpolitik) ist der Mensch, soweit er seine Arbeitskraft innerhalb der Volkswirtschaft in einem Vertragsverhältnis weisungsgebunden einsetzt oder seinem Lebensunterhalt zum überwiegenden Teil aus dem daraus fließenden Einkommen bestreitet.“

Glücklicherweise beschränkt sich die Sozialpolitik nicht auf diejenigen, die ihre Arbeitskraft innerhalb der Volkswirtschaft weisungsgebunden einsetzen oder durch den nicht weisungsgebundenen Einsatz ihrer Arbeitskraft ihren Lebensunterhalt verdienen.

Die bewährte Grundrißmethode Schaeffers, alles in Definitionen aufzulösen, ist hier offensichtlich an eine Grenze geraten. Auf gut juristisch wird hier Abfall der Theologie, der Soziologie und zahlreicher anderer Disziplinen paraphiert, und schon sieht, was in den betreffenden Wissenschaften selbst immer wieder hintangestellte, ewig falsch verständliche Abstraktion ist, hier im Grundriß höchst adrett aus, schwarz auf weiß, wie im Heft des von Mephisto genasführten Schülers. Im Handumdrehen ist aber, wenigstens in diesem Heft, aus dem wissenschaftlichen Grundriß ein politischer Katechismus geworden, zu dem sich mancher Prüfer durchaus nicht bekennt.

U. K.

*) Marcus/Grießer, Volkswirtschaftspolitik, Bd. 35/II, von Schaeffers Grundrissen des Rechts und der Wirtschaft, Kohlhammer Verlag, Stuttgart und Köln, Neuerscheinung 1954, Kart., 6,90 DM.

MASKENBALL

Robby Spier

Quartier Latin

Vier Kapellen

AM 4. UND 5. FEBRUAR IM STUDENTENHAUS

ENTRITTSKARTEN IM VORVERKAUF

Der Asta der Freien Universität Berlin hat uns die folgende Stellungnahme zu den Glückwünschen des Bundespräsidenten an Herrn von Neurath übersandt:

Der Asta der Freien Universität Berlin hat mit Verwunderung von dem in der gesamten Presse veröffentlichten Glückwunschtelegramm des Bundespräsidenten an den aus dem Spandauer Gefängnis entlassenen früheren „Reichsaußenminister“ und „Reichsprotector von Böhmen und Mähren“, Herrn von Neurath, Kenntnis genommen.

In welchem Ausmaße Herr von Neurath verantwortlich an Hitlers Außenpolitik vor 1938 und an den in der Tschechoslowakei nach 1939 insbesondere begangenen Unmenschlichkeiten beteiligt war, soll hier gar nicht untersucht werden. Es ist auch nichts dagegen einzuwenden, daß Herr von Neurath, ein alter und kranker Mann, kurz vor dem Endtermin seiner Haftzeit aus dem Spandauer Gefängnis entlassen wird.

Dagegen muß es sehr bedenklich stimmen, wenn der Präsident der demokratischen Bundesrepublik Deutschland, eines Staates, der sich nach Entstehung und Wesen in unverwundlichem Gegensatz zum nationalsozialistischen Regime befindet, in einem Glückwunschtelegramm an ein früheres Mitglied der nationalsozialistischen Regierung von einem „Martyrium“ dieses Mannes spricht. Ein „Martyrer“ ist doch letzten Endes ein „Blutzeuge“ — für was denn könnte Herr von Neurath seine Blutzugehörigkeit anders in Anspruch nehmen als eben für dieses Naziregime?

Die echten Märtyrer sind doch wohl die Männer des 20. Juli, die ihr Leben für die Beseitigung der Tyrannei einsetzten, die Märtyrer sind die Millionen unschuldiger Opfer des nationalsozialistischen Terrors — nicht aber Herr von Neurath, der als ein Opfer seiner eigenen freiwilligen Mitarbeit mit dem Naziregime als Sühne zu einer Haftstrafe verurteilt wurde.

Kein Grund zur Besorgnis

Die wachsende Beunruhigung der Frankfurter Studentenschaft über das angeblich ständig schlechter werdende Mensaessen, hat den DISKUS veranlaßt, eine große Anzahl von Mensabesuchern hierüber zu interviewen. Dabei wurde festgestellt, daß die allgemeine Besorgnis nicht berechtigt erscheint. Es ließ sich nämlich durchaus kein Fall ermitteln, in dem eine ernsthafte gesundheitliche Schädigung nachweislich durch den Genuß des Mensaessens hervorgerufen wurde.

Weiterhin war geplant, durch eine kompetente Persönlichkeit das Mensaessen beurteilen zu lassen und zu untersuchen, ob nicht mit den gleichen Mitteln eine besser zubereitete Mahlzeit zu liefern wäre. Dieses Vorhaben ließ sich jedoch noch nicht verwirklichen, da wir bisher noch keine namhafte Persönlichkeit finden konnten, die es über sich bringen wollte, ohne eine erhebliche, unsere Mittel übersteigende Entschädigung das Mensaessen einige Male zu sich zu nehmen. Andererseits erschien uns eine Beurteilung nur dem Aussehen nach doch nicht einwandfrei genug.

Über das Ergebnis dieser zweiten Untersuchung werden wir in einer der folgenden Ausgaben berichten. Eventuell werden wir gezwungen sein, unsere Leser zu bitten, uns für diesen Zweck eine Spende zur Verfügung zu stellen.

H. L.-D.

Sportverkehr mit den Hochschulen der SBZ

Antang Dezember werden 40 Sportler der TH Braunschweig den seit fast einem Jahr ausstehenden Rückkampf mit der Bergakademie Freiburg/Sachsen durchführen, da der VDS vor etwa 5 Monaten den Sportverkehr mit der Sowjetzone wieder zugelassen hat und der Widerruf dieses Beschlusses durch die Berliner Delegiertenkonferenz vom November noch nicht rechtskräftig geworden ist.

Keine Lizenzierung von studentischen Gemeinschaften mehr

Der Senat der Universität Göttingen hat die Lizenzierung aller studentischen Gemeinschaften aufgehoben. Damit gibt es dort keine an der Universität zugelassenen Verbände und Korporationen mehr. Unklarheit besteht, wie die bisher mit der Zulassung verbundenen Vergünstigungen (Anschlagbretter, Räume etc.), die unter das Hausrecht des Rektors fallen, in Zukunft erteilt werden.

Manager-Schule in Düsseldorf

In Düsseldorf plant man die Errichtung einer Unternehmer-Ausbildungs-Akademie. Dort sollen junge Leute herangebildet werden, die die Kunstlehre des Management beherrschen sollen, anstatt, wie an den Universitäten, „bei einem Professor zu lernen, wie man es vor fünfzig Jahren gemacht hat“.

Universitätsbuchhandlung

BLAZEK & BERGMANN

Inhaber Dr. H. Bergmann

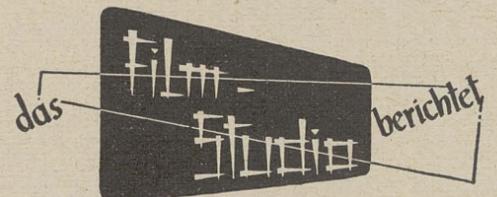
Frankfurt a. M., Goethetr. 1 · Tel. 93633 u. 95264

Sämtliche Fachbücher aus den Gebieten

Jura, Wirtschaftswissenschaften,

Medizin, Technik,

Naturwissenschaften



Mittwoch, 19. Januar, 14.00, 16.15, 18.30, 21 Uhr

Donnerstag, 20. Januar

Die steinerne Blume (A. Plushko, 1946)

Beiprogramm: Vor den Stufen

Freitag, 21. Januar, 20.00 Uhr

Gefährdet der Film unsere Kultur?

Vortrag mit Filmbeispielen von Pfarrer Werner Heß,

Frankfurt am Main

Mittwoch, 26. Januar, 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr

Donnerstag, 27. Januar

Die schrecklichen Eltern

(Claude Autant-Lara, 1953)

Mittwoch, 2. Februar, 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr

Donnerstag, 3. Februar

Schweigen ist Gold (René Clair, 1946)

Freitag, 8. Februar, 20.00 Uhr

Der französische Film vor dem 2. Weltkrieg

Vortrag mit Filmbeispielen von Dr. Lotte H. Eisner-Escoffier, Paris

Mittwoch, 9. Februar, 16.15, 18.30, 21 Uhr

Donnerstag, 10. Februar

Metropolis (Fritz Lang, 1926)

Beiprogramm: Griff nach dem Atom

Freitag, 11. Februar, 20.00 Uhr

Zur Soziologie und Dramaturgie

des Films und des Theaters

Vortrag mit Filmbeispielen von Dr. Berten, Köln

Sondervorstellung

Mittwoch, 16. Februar, 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr

Donnerstag, 17. Februar

Sein Engel mit den zwei Pistolen

(Norman Z. McLeod, 1948)

Beiprogramm: Im Nachtclub (Tom und Jerry)

Der Schütze ist ein anderer

Über den Roman und den Film 08/15 ist reichlich gestritten worden. Schildert er das Milieu des Kasernenhofes richtig? Ist die pazifistische Tendenz ehrlich, und wenn ja, haben Buch und Film ihr einen guten Dienst erwiesen? Auch der Buchautor ist ein suspektes Individuum. War er Nazi gewesen? Wenn ja, entzog ihm das nicht die Legitimation über Deutschlands Gloria zu urteilen? Über den Verfasser des Drehbuchs gibt es dagegen keinen Zweifel. Er ist bekannt als alter Filmhase, der jedes Buch zurechtstutzen kann; einige Finessen verschwinden, wirksame Effekte treten hervor, na und so weiter. Er hat sich keine großen Änderungen erlaubt, die Personen stimmen meist bis in Einzelheiten der Beschreibung, die Handlung verläuft wie im Buch. Komisch nur, daß sich Ernst S. Salomon für solche Drecksarbeit nicht zu gut war. Aber anscheinend war es eben ein Geschäft. Niemand hat genau danach hingeguckt. Tun wir es also.

Der Schluß erforderte eine kleine Änderung. An die Stelle des abschließenden Berichts über die weiteren Schicksale der Figuren tritt im Film eine Szene: formuliertes Karree des Bataillons, Badenweilermarsch, Rundfunkmeldung vom unmittelbar bevorstehenden Ausbruch des Polenkriegs. Gerade zuvor hat der Major die düsteren Worte gesprochen: „Es brennt an allen Ecken und Enden, und so sieht unsere Armee aus!“ Es ist der letzte Satz, der von einem Darsteller gesprochen wird. Der Zuschauer trägt ihn nach Haus. Dort beginnt er zu wirken.

Der Film dröselte sich rückwärts auf. Den österreichischen Hauptmann hat der Major vorher abgekanzelt; offensichtlich war er der Hauptschuldige an den teils brutalen teils korrupten Praktiken seiner Leute — nun gleich der ganzen Armee (Hitler war bekanntlich Österreicher und die Wehrmacht erlag ihm nur widerwillig). Der Gegensatz ist begründet zwischen Preußen und Österreichern: guten und schlechten Soldaten; die hätten den Krieg gewonnen, und die ließen ihn uns verlieren.

Nach landläufiger Vorstellung sind es aber die zwei Gruppen, die das preußische Militär so stark machten: der Generalstab und die Ausbildungsmannschaften, vom Feldwebel bis zum Gefreiten. Generalstab und Offizierskorps sind heute uninteressant. Einen Generalstab werden wir nicht haben, Offiziere spielen gesellschaftlich und politisch heute überhaupt keine Rolle. Der allgemeine Haß richtet sich heute auf die „Schleifer“ von ehemals, auf Kommiß, Barras, Drill, Kasernenhof. Kirsts Buch lebt von diesem Haß, und der Drehbuchautor hat daran nichts geändert, denn sonst wäre der Film nicht das Geschäft geworden, den das Buch erwarten ließ.

Will man aber überhaupt noch etwas von Preußen retten, dann kommt es auf den entschlossenen Schnitt an. Ist der Kommiß nicht zu retten, dann muß die Verbindung zum Offizierskorps unterbrochen werden. Schuld am Kommiß ist der Österreicher. Der hat ihn entarten lassen. An sich ist er nicht schlecht.

Der Beweis für diesen Satz ist äußerst schwierig, nur auf weiten Umwegen, durch kleine Indizienstiche nach den mutmaßlichen Feinden zu führen.

Der Major hat, dem Buch nach, eine lächerliche Marotte. Er bemerkt sofort jede Regelwidrigkeit und glaubt, mit dieser Fähigkeit zu imponieren. Der Filmmajor sieht alles — wie das Auge Gottes — und ist doch nachsichtig, zuwartend wie dieser. Schon ist der Mob im Dunkeln etwas braver, muckt nicht mehr. Dafür wird er schließlich belohnt, denn auch das Jüngste Gericht bleibt nicht aus: das Offizierskorps bestraft die Kommißköpfe, der Major verwirft die Bösen, die Schleifer, in den Höllenpfuhl.

Wäre es nicht mehr, dann hätten wir biederer altes Kasperl-

theater. Aber nun kommt ein Gegenhieb. Es könnte die Frage aufkommen, was denn mit den Guten geschieht, die Ungerechtes haben leiden müssen. Was der Hauptmann, der Österreicher, unterstützt von seinem intriganten Stabsarzt, trieb, war die Verschlimmerung des Unrechts durch den Rechtsweg, Akten, Untersuchungen. Zivilisten würden diesen Weg noch weiter gehen, die Gegenseite auch hören wollen, schließlich die Autorität ganz untergraben. Bei den Preußen war das anders — wenn wir denn dem Drehbuchautor glauben sollen. Ein Major kann sämtliche Akten zerreißen und entscheiden wie König Salomo: Munitionsdiebstahl erledigt sich durch Wiederauffindung der Patronen, Anzahl stimmt auf Blick von Auge zu Auge; wildes Schießen in Kasernenräume wird ab jetzt nicht mehr vorkommen; Impotenz des Hauptwachtmeisters, Mann zieht aus der Kaserne aus; Insubordination und Anstiftung zur Meuterei, würde bei mir gar nicht passieren. Erpressung, interessiert nicht mehr, Mann wird befördert und soll sich dabei bewähren. Der Zuschauer ist glücklich, denn das sieht ja ganz nach happy end aus. Trotzdem reicht es nicht ganz als Beweis für die Güte des Kommisses. Darum sind weitere Indizien in den Film gestreut. Warum eigentlich ein solcher Haß gegen den Kanonier Vierbein auf Seiten der Herren Unteroffiziere herrscht, wird bald klar: sie spüren den Gehirnfatzen. Nicht vor ihnen, aber vor einem kleinen Mädchen gesteht er, daß er eigentlich Musiker werden wollte; was ihn stattdessen zum Militär verschlug, bleibt Mysterium. Damit ist ein Motiv, welches das Buchpublikum zur Sympathie hätte anregen können, von Salomon für den Film erfunden worden, während das Motiv, das ein richtiges Filmpublikum aufgeregt und erbittert hätte, leider im Buch steht, gleich als ob Kirst und Salomon sich verabredet hätten, die Leute zu verwirren. Denn gerade im Buch, also vor Leuten, die sich mit Bücherlesen befassen, ist Vierbein ein braver junger Sportsmann, also einer, dem es Bücherlesen eher gönnen möchten; während das Kinopublikum im Zweifel auf Seiten der Unteroffiziere ist, wenn es erfährt, daß ein Musiker es beim Militär zum Offizier bringen will.

Natürlich ließe sich auch sagen, daß Salomon den Kommiß in seiner ganzen Brutalität an dem krassen Fall zeigen wollte, daß ein geistiger Mensch, eine Künstlernatur, unter die Drillbestie gerät. Tatsächlich aber reagiert unser heutiges Kinopublikum auf die literarisch ehrwürdige Figur des verträumten deutschen Jünglings mit genialen Zügen anders als die vielen Generationen vis à vis von Sturm und Drang bis Rilke: amüsiert, ja sogar schadenfroh, weil er so ganz anders ist, daß Sympathie nicht in Frage kommt. Die „Appassionata“, die Vierbein beim Reinemachen heimlich auf dem Klavier des Unteroffizierskasinos spielt, dürfte keineswegs eine Mehrzahl als Sonate von Beethoven ausmachen, und wohl nur ein sehr kleiner Teil wie den Ausdruck eines drängenden Herzens empfinden. Und wer doch noch eine Schwäche für die Jünglingssehnsucht hat, dem wird diese Neigung fatal gemacht durch ihren Gegenstand, ein penetrantes BDM-Mädel. Wer das noch für jugendliche Blindheit hält, bekommt eine Photographie gezeigt, die Vierbein seinem Schatz aus dem Fotoalbum entwendet. Die ist endgültig weniger poetisch als pornographisch.

Es verlohnt sich wohl, einen Augenblick rückzufragen, ob die Kontrastierung des edlen Jünglings und der Kommißsitten nicht zu einer klaren Entscheidung hätte führen können. Eine Situation gibt denn auch so etwas wie eine Allegorie auf die Macht der Musik; wenn nämlich der Hauptwachtmeister den Kanonier beim Spiel überrascht, statt nun aber seinen Haß zu entladen, von da ab mit seinen Verfolgungen aufhört. Aber das ist eine Zähmung nicht sinnvoller als die Rechtsordnung des Herrn Major. Denn an Stelle neuer Schikanen wird dann eine Generalbesäufnis der Unteroffiziere vorgeführt, zu der Vierbein die Ehre hat, aufzuspielen, und die darin gipfelt, daß sämtliche Betrunknen auf die Tische steigen, ihre Hosen herunterlassen und gute zwei Minuten johlend und in Unterhosen hüpfend und schlenkernd gezeigt werden.

(Allemaal ist da der Film nicht bei sich allein, so wie vielleicht ein wehrloses Kunstwerk vor dem Unverstand der Zeitgenossen. Solche Effekte sind vielmehr genauestens auf das Publikum kalkuliert, man weiß, wie lange eine solche Obszönität dauern darf, wo das Terrain gefahrlos ist, weil nämlich männliche Unterhosen nicht so erregend wie Décolletés sind — o unerschütterliches Vertrauen in die weibliche Züchtigkeit!).

Der Erfolg ist ungeheuer. Der Lärm der Unteroffizierskantine und der im Zuschauersaal ist nicht mehr genau aus-

einanderzuhalten, die Mondscheinsonatenfragmente, die danach Vierbein auf dem Biergetränkten, verstimmten Klavier zum Besten gibt, sind hoffnungslose Konkurrenz, läppische Beethovenei neben vollem Menschenleben in Unterhosen. Wozu die Kulturveranstaltung als Kontrast gedacht war, ergibt sich dann aus Vierbeins glücklicher Äußerung an einem der nächsten Tage: „Ich bin durch“. Es bezeichnet einen inneren Läuterungsprozeß, der zu der Kraft des echten Soldatentums geführt hat, dem Willen, militärische Karriere entsprechend den Wünschen der BDM-Braut zu machen. Der Beginn dieser Vita nova erweist sich daran, daß er trotz Ausgangsverbot im Café sitzt und erklärt, er wisse jetzt, wie man ungesehen über die Kasernenhofmauer gelangt.

Bei Kirst war diese Lebensform als „abenteuerliche Revolte des Gefreiten Asch“ bezeichnet, als Mischung aus Verzweiflung und Gaunertalent beschrieben. Ein Film ist immer

RAGTIME

von Herbert Heckmann

Ein Viertel Mondschein von der besten Sorte
und Lippen aus Glas,
stolpern Füße über blaues Pflaster
und Echo klebt am Schrei der Worte.

Sometimes I'm mad.

Zuweilen schluckt ein Auge meinen Blick,
ich wippe Takt.

Ein dürrer Schatten fällt zurück
and if et was it was ein Tintenabenteuer
und taumelnd find ich Halt im Schlaf,
wo in das Grau die Schritte hacken,
wo flüchtend vor der Gier der Bracken
sich Wild an Wände schmiegt,
dort oder dort oder wann
oder nie,
ein zeitenbanges Warten.

Die Straßen ziehen Menschen hinter sich,
sind offne Messer,
schneiden.

Im Netzwerk zappeln Bilder,
und Finger trommeln Träume aus den Schläfen.
Sometimes I'm mad.

Am Randstein meiner Rast
bin ich in meiner Kehle nur ein Gast.

braver. Untergründiges und Subversives bleibt da bald zurück, sonst würde das Publikum nicht so lauthals zu lachen wagen und unbefriedigt nach Hause gehen. Es ist darum auch gar nicht so viel Patriotisches geleistet mit der geheimen Sympathienrettung für den Barras. Was an Quintessenz übrig bleibt, sind die ewiggleichen Knabenträume eines Mittelfünfzigers von Militärarchismus bzw. Freikorps. „Es muß mal scharf geschossen werden“ wie Weiland auf Walter Rathenau hat der alte Mittäter auch diesmal nicht unterdrücken können, und wie er damals nur mit von der Partie war, so ists auch Asch eben nicht gewesen, sondern ein anderer, der aus dem Dunkeln schoß. Peinlich verrutscht wie die Unterhosen ist die Wunschphantasie, es möchte doch einmal so einen Major geben, der über die Mauer klettern götig zu übersehen geruht, genau wie Munitionsdiebstahl, scharfe Schüsse und einen umgelegten Minister. Die Zivilisten würden ja nichts merken, denen zeigt man einfach verrutschte Männerunterhosen.

Ganz unrecht hat er nicht — wenigstens nicht in bezug auf die Zivilisten. L. Beig

Klinisches Hilfsmittel

Krankheitsdiagnosen müssen heute häufig einem team-work zwischen Kliniker und physiologischen Chemiker entspringen, weil der Kliniker im Normalfall nicht mehr in der Lage ist, die hoch entwickelte Wissenschaft der Stoffwechselchemie näher als in ihren Grundlagen kennenzulernen. Die Zusammenarbeit zwischen beiden stößt auf Schwierigkeiten, weil die Fachsprache des Chemikers mit ihren Formeln und Trivialnamen dem klinischen Praktiker allgemein recht fremd ist.

Um diesen Übelstand einzuengen, hat Prof. Hanns Dyckerhoff eine Sammlung der häufigsten Verbindungsnamen und Begriffe der physiologischen Chemie ins „Klinische“ übersetzt und in Buchform zusammengefaßt. Dieses Wörterbuch dürfte dem Arzt langes „Wälzen“ von Fachbüchern in vielen Fällen ersparen.

W. Sch.

Dyckerhoff: „Wörterbuch der physiologischen Chemie“. 1. Aufl., 175 S., 1955, Verlag Walter de Gruyter, Ganzleinen, 18,50 DM.



The British Centre

„Die Brücke“

Frankfurt a. M., Friedrich-Ebert-Str. 48
Tel. 3 22 86 u. 3 37 94

British Centre ist eine Einrichtung zur Förderung kultureller und geistiger Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland. Es umfaßt Bibliothek, Lesesaal, Vortrags- und Kinosaal.

Monatsprogramm Januar 1955

Vorträge:

Donnerstag, den 10. Januar 1955, 18 Uhr, Mr. J. D. GORDON, Clerk-Assistent, House of Commons „Die Grundzüge des britischen parlamentarischen Lebens“

Innerhalb einer Vortragsreihe in englischer Sprache: „Architecture in England“, Freitag, den 21. Januar 1955, 20 Uhr, erster Abend, mit Lichtbildern. Mr. R. A. MARTIN, M. A., Lektor an der Universität Mainz „Cathedrals in South England“

Freitag, den 28. Januar 1955, 20 Uhr, Dr. Markus TIMMLER, Chefredakteur „Der Volkswirt“ „Ich war in des weißen Mannes Grab“, Experimente Goldküste—Nigeria

Konzert:

Donnerstag, den 27. Januar 1955, 20 Uhr, Europäischer Liederabend, Erika MARGRAF, Karlsruhe, Sopran; am Flügel: Dr. Georg Nestler, T. H. Karlsruhe. Es kommen Lieder von Purcell, Händel, Petrusi, Britten u. a. zu Gehör.

Regelmäßige Veranstaltungen:

Vortragsreihe in Zusammenarbeit mit dem Frankfurter Bund für Volksbildung „Großbritannien Heute“

Mittwoch, den 19. Januar 1955, 18.30 Uhr, Dr. H. FISCHER-WOLPERT „Das Britische Weltreich“ (The Commonwealth)

Mittwoch, den 26. Januar 1955, 18.30 Uhr, Alfred KIRCHHEIM „Großbritannien — „Land und Leute“

Mittwoch, den 2. Februar 1955, 18.30 Uhr, Redner und Thema werden rechtzeitig bekannt gegeben.

Die gesamte Vortragsreihe umfaßt Abende, die sämtlich mittwochs, 18.30 Uhr im Vortragsaal der „Brücke“ stattfinden.

foto
WAGNER für bessere
Fotoarbeiten

BOCKENHEIMER WARTE · RUF 7 16 57

Volkswirte brauchen das Auslandspraktikum

Auslandskenntnisse zu erwerben, ist ein Vorrecht der Jugend. Aus diesem Vorrecht ist aber für die „Wisoisten“ nicht gerade eine Pflicht, aber wohl eine wichtige Chance geworden. Deshalb gibt es bei ihnen auch eine internationale Einrichtung, von Studenten gegründet und von Studenten weitergeführt, die das Auslandspraktikum vom Stadium des frommen Wunsches in eine Realität überführt hat. Da solch ein Vorbild andere Fakultäten interessieren wird, sei hier etwas über die AIESEC gesagt. Diese AIESEC — Association Internationale des Etudiants en Sciences Economiques et Commerciales — wurde 1949 in Stockholm gegründet und stellt eine Vereinigung von Studierenden der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten und Hochschulen von 16 westeuropäischen Ländern (insgesamt nahezu 100) dar. Die Fakultät unserer Universität ist Mitglied seit 1952.

Die AIESEC entfaltet ihre Tätigkeit auf vier Hauptgebieten:

1. Austausch von Praktikanten während der Sommersemesterferien unter den Mitgliedsländern der Organisation.
2. Veranstaltung von wirtschaftswissenschaftlichen Studienreisen ins Ausland.
3. Austausch von Informationsmaterial über das Studium.
4. Veranstaltung von Jahreskongressen zum Erfahrungsaustausch und zur Festsetzung von Arbeitsrichtlinien.

Bei den wirtschaftswissenschaftlichen Studienreisen zwischen den verschiedensten Ländern stehen Industriebesichtigungen, Vorlesungen an ausländischen Hochschulen und Zusammenkünfte mit ausländischen Kommilitonen im Vordergrund. Um die Reise Teilnehmer nicht durch die Vielzahl der verschiedenartigen Eindrücke zu verwirren, wird jede dieser Reisen unter ein spezielles Thema gestellt.

Außer dem laufenden Austausch von Informationen über das Studium und das Leben an den Hochschulen der einzelnen Mitgliedsländer wird jetzt ein internationaler Studienführer für die Wirtschaftswissenschaften vorbereitet. Er soll die Studenten der europäischen Wirtschaftshochschulen über die Studienvoraussetzungen, -pläne, -ziele und die Lebensbedingungen an den einzelnen Hochschulorten informieren.

Das Hauptaugenmerk der Vereinigung gilt jedoch dem Praktikantenaustausch. Der Student der Wirtschaftswissenschaften erhält die Möglichkeit — soweit er sich in einem vorausgehenden Auswahlverfahren dafür als geeignet erweist — während der Sommerferien in einem kaufmännischen Betrieb des Auslandes zu praktizieren und erhält dabei eine Vergütung, die den Auslandsaufenthalt vollkommen finanziert.

Es ist in den wenigen Jahren des Bestehens und des Aufbaues der AIESEC gelungen, den Praktikantenaustausch von 69 ausgetauschten Studenten im Jahre 1949 auf über 1100 im Jahre 1953 zu steigern.

Bemerkenswert an den Erfolgen ist die Tatsache, daß die Arbeit der AIESEC ausschließlich von Studenten getragen wird. Diese Ergebnisse wurden nur durch die Begeisterungsfähigkeit von Studenten ermöglicht, die sich ehrenamtlich mit ihrer ganzen Kraft für die junge internationale Organisation eingesetzt haben. Es muß aber betont werden, daß die AIESEC in ihrer heutigen Form nicht denkbar wäre ohne die immer beratende und unterstützende Hilfe der Dozentschaft an den Mitgliedshochschulen und ohne die Hilfsbereitschaft der Industrie und des Handels.

Der Anteil unserer Fakultät am Praktikantenaustausch war bisher, gemessen an anderen Universitäten und Hochschulen, gering. Zum Teil liegt das an der großen Anzahl von Werkstudenten, die wir in Frankfurt haben. Ist es schon schwierig für alle sich bewerbenden Frankfurter Wiso-Studenten eine Praktikanten- bzw. Werkstudentenstellung in den Semesterferien zu finden, so kann für ausländische Kommilitonen ein Praktikantenplatz in der Wirtschaft kaum herausgehandelt werden.

Je mehr jedoch die Unternehmungen in Industrie, Handel, Bank- und Verkehrsgewerbe Interesse an unserer Arbeit finden und Praktikantenplätze zur Verfügung stellen, um so mehr deutsche Studenten können wir alljährlich hinausschicken. Denn die von den Studenten gesammelten Erfahrungen im Ausland kommen letztlich der deutschen Wirtschaft zugute.

Das Ziel des Frankfurter Komitees für das kommende Austauschjahr ist es daher, die Anzahl der Praktikantenplätze wesentlich zu erhöhen, um einem größeren Teil unserer Studenten die Möglichkeit zum Praktikum im Ausland zu verschaffen.

Es wäre jedoch verfehlt, die Austauschaktion nur als eine administrativ-organisatorische Angelegenheit zu behandeln und nur die quantitative und nicht auch die qualitative Entwicklung des Austausches ins Auge zu fassen. Deshalb ist vor allem daran gedacht in Zusammenarbeit der Hochschulen mit der Wirtschaft, den Praktikanten durch Schulung und eine klar umrissene Aufgabenstellung zu bewußteren Erleben und planmäßigen Beobachten der Lebens- und Wirtschaftsbedingungen des Auslandes anzuleiten und den zu uns kommenden ausländischen Praktikanten neben dem, was sie an ihrer Arbeitsstätte erfahren, wirklichkeitsnahe Vorstellungen von unserem eigenen Lande und unserer Wirtschaftsentwicklung zu vermitteln.

So wird aus dem Kreis der Dozentschaft ein Professor gebeten, als ständiger Berater in wissenschaftlichen Fragen die Arbeit der AIESEC zu unterstützen. Den ausgewählten Studenten wird zur Auflage gemacht, während ihres Auslandsaufenthaltes eine Ausarbeitung über eine wirtschaftliche Frage anzufertigen, die entweder entsprechend ihren eigenen Interessen selbst gewählt oder vom beratenden Dozenten vorgeschlagen werden kann. In jedem Fall wird ein Vertrauensdozent nützliche Hinweise geben können, wie das jeweilige Thema zu behandeln ist.

Zur Veranschaulichung sei auf einen Versuch hingewiesen, der

Ersatz, Konkurrenz oder Ergänzung?

Die rasche Steigerung der Weltproduktion von Chemiefasern verdeutlicht die wichtige Stellung, die ihnen schon heute auf dem internationalen Spinnstoffmärkten zukommt, obwohl die Entwicklung zumal der sogenannten vollsynthetischen Fasern noch keineswegs abgeschlossen ist.

Dieser Ausdruck ist nicht ganz richtig, denn der Chemiker kennt weder Voll- noch Halbsynthesen, sondern eben nur Synthesen. Man will mit dieser Bezeichnung zum Ausdruck bringen, daß sie auf rein synthetischem Weg entstanden sind. Ihre Vorläufer sind die halbsynthetischen Produkte. Wir kennen sie als Viskose-Reyon, Chemiekupferseide und Acetatseide, wenn es sich um „endlose“ Fäden, um Seide handelt, oder als Zellwolle, Kupferspinnfaser und Acetatfaser, wenn sie für baumwoll- bzw. wollähnliche Erzeugnisse als Stapelfasern versponnen werden. Ausgangsmaterial für ihre Herstellung ist die Cellulose, die zum Beispiel aus Pappeln, Fichten und Stroh gewonnen wird. Es liegt also ein natürlicher Rohstoff der Produktion zugrunde. Gleiches gilt für Kunstseide auf Eiweißbasis der Milch oder aus Sealgeln. Man bezeichnet diese Gruppe auch als regenerierte Chemiefasern.

Über den Begriff „Chemiefasern“ besteht noch immer Uneinigkeit, denn er umfaßt auch die endlosen Fäden, also nicht nur die Stapelfasern. Der Vorschlag, die ersteren in „Chemieseide“ umzutauften, hat in der Fachwelt nicht überall Anklang gefunden. Darunter sollten fallen: Cupra, die frühere Kupferkunstseide, Acetat, die alte Acetatkunstseide und Reyon,

an der Hochschule für Wirtschaft- und Sozialwissenschaften Nürnberg im vergangenen Sommer durchgeführt wurde: in enger Zusammenarbeit der Industrie- und Handelskammer für Mittelfranken, dem Institut für Exportforschung und unter dem Protektorat des Rektors der Hochschule wurde erstmalig ein Leistungswettbewerb auf dem Gebiete der praktischen Auslandsbeobachtung durchgeführt. Auf Anregung des Instituts für Exportforschung wurden die deutschen Auslandspraktikanten aufgefordert, frei gewählte Beobachtungsaufgaben über Lebensverhältnisse oder Bedarfs- und Handelsstruktur in einzelnen Staaten zu übernehmen. Die Beobachtungsberichte zeigten, daß der Grundgedanke richtig war, und daß wertvolles Material gewonnen werden kann.

In Frankfurt scheiterten derartige Versuche bislang an der geringen Anzahl ausgetauschter Studenten.

Dagegen hat die Betreuung der ausländischen Studenten, die hier in Frankfurt praktizierten, dank der Unterstützung der Industrie- und Handelskammer gute Fortschritte erzielen können. Sie umfaßt den Empfang der eintreffenden Praktikanten, die Vermittlung eines Zimmers, die Vorstellung beim Arbeitgeber, Wochenendpraktikantentreffen, Vorträge und Diskussionsabende über allgemeine und wirtschaftliche Themen und Besichtigungen (und Exkursionen) der landschaftlichen Schönheiten der näheren und weiteren Umgebung. In Zukunft ist jedoch geplant, den ausländischen Studenten auch eine breitere wissenschaftliche Bildungsmöglichkeit zu geben. Zu diesem Zweck soll ein internationales Seminar vorbereitet werden, das den Praktikanten einen allgemeinen Eindruck von den wirtschaftlichen Zusammenhängen unserer Stadt und unseres Landes vermittelt. In drei bis vier Seminarsitzungen sollte jeweils ein Dozent zu interessierenden Wirtschaftsfragen aus seinem Forschungsbereich Stellung nehmen. Einem solchen Kurzreferat könnte eine fruchtbare Diskussion über Verschiedenartigkeiten und Parallelfälle der erwähnten Probleme in den Heimatländern der Praktikanten folgen. Vertreter des öffentlichen Lebens und der Wirtschaftspraxis könnten zu diesem Seminar beitragen.

P. Krondorfer

Briefe an die Redaktion

Was tut Deutschland für Exilstudenten?

Nach Meinung von Herrn Oratow (im Oktoberheft des DISKUS) haben die Deutschen bisher den Exilstudenten aus Osteuropa nur wenig oder gar keine Beweise ihrer Solidarität gegeben. Ich kann ihm nach meinen Erfahrungen als bulgarischer Exilstudent in Westdeutschland darin nicht zustimmen. Zwar ist allgemein in Westeuropa nicht viel von Solidarität zu spüren, aber gerade die Deutschen haben verhältnismäßig viel Verständnis für die Lage der Exilstudenten aufgebracht, obwohl die Bundesrepublik selbst noch gar nicht voll gleichberechtigt ist. In Deutschland werden die Exilstudenten in ihren Rechten den Bürgern der Bundesrepublik gleichgestellt. Ich habe bisher an der Frankfurter Universität eine Diskriminierung der Exilstudenten nicht feststellen können. Zwar sind sie den einheimischen Studenten nicht formell gleichgestellt, sie werden aber praktisch genau so behandelt. Natürlich gibt es immer einzelne Härtefälle als Ergebnis von Bürokratie oder Willkür; sie sind aber für die deutsche Gesellschaft und die Vertreter der deutschen Wissenschaft nicht charakteristisch. Ohne zu übertreiben, kann ich feststellen, daß in der Bundesrepublik mehr Exilstudenten als in anderen europäischen Ländern studieren. Die Bundesrepublik hat, soweit mir bekannt ist, 264 Exilstudenten mit 50 000 DM unterstützt. Zwar erhält z. B. die Exiluniversität in Straßburg aus einem internationalen Hilfsprogramm 200 000 Dollar. Da von diesem Geld aber nicht nur die dortigen 200 Exilstudenten unterstützt werden, sondern auch noch die gesamte bürokratische Organisation unterhalten werden muß, bleibt kein Geld mehr für Stipendien an nicht in Frankreich studierende Exilstudenten übrig. Gerade weil aber die gesamten Mittel aus dem internationalen Hilfsprogramm nach Straßburg fließen, können den nicht dort studierenden Exilstudenten direkt aus dem internationalen Hilfsprogramm keine Stipendien mehr gewährt werden.

Die Bundesrepublik hat viel Verantwortungsbewußtsein den Exilstudenten gegenüber bewiesen, jedenfalls mehr als die anderen westeuropäischen Länder. Für das traurige Schicksal der Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge tragen letzten Endes die Großmächte noch immer die von ihnen durch den Krieg übernommene Verantwortung. Wir müssen infolgedessen an die westliche Gesellschaft einen Appell zur Unterstützung der Exilstudenten richten, und auch ihr Interesse an dem Schicksal der osteuropäischen Nationen wecken. Eine internationale Solidarität unter

Ausschluß der osteuropäischen Völker ist undenkbar. Für den Aufbau einer wirklich loyalen internationalen Solidarität sind aber alle Menschen in gleicher Weise verantwortlich.

Dano Danoff, Exilstudent aus Bulgarien

Ein Wort zur Verlängerung der Studiendauer für Wirtschaftswissenschaftler

Alle Studierenden der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät und besonders diejenigen, die im Sommersemester 1954 ihr Studium begonnen hatten, stauten sich eines Tages in diesem Sommer vor dem schwarzen Brett ihrer Fakultät. Was war da zu lesen? Eine Mitteilung des Dekans, nach der die Dauer des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums auf 8 Semester verlängert wird und daß schon die Studierenden, die ihr Studium mit dem Sommersemester 1954 begonnen haben mit dieser Studiendauer rechnen müssen.

Es liegt mir fern, über den Wert oder Unwert eines achtsemestrigen wirtschaftswissenschaftlichen Studiums zu streiten. Dies mögen Berufener tun, denn zu einem abschließenden Urteil habe ich, da ich erst am Anfang meines Studiums stehe, nicht den nötigen Überblick.

Aber ich möchte hier auf eines hinweisen: Man sollte solche Bestimmungen nicht rückwirkend in Kraft treten lassen. Alle, die das Studium der Wirtschaftswissenschaften mit dem Sommersemester 1954 begonnen haben — zu diesen ich —, haben dies unter den Bedingungen einer sechssemestrigen Studiendauer getan. Das sollte man berücksichtigen.

Warum will man nicht den Studenten, die mit dem Sommersemester 1954 ihr wirtschaftswissenschaftliches Studium begonnen haben, die Gelegenheit geben, trotz der neuen Prüfungsordnung nach einem sechssemestrigen Studium zur Prüfung zu kommen?

Es wäre doch nicht schwierig, in die Übergangsbestimmungen folgenden Passus aufzunehmen: „Den Studierenden, die ihr wirtschaftswissenschaftliches Studium im Sommersemester 1954 begonnen haben, wird die Möglichkeit gegeben, nach einem sechssemestrigen Studium ihre Abschlußprüfung nach den alten Prüfungsbestimmungen oder nach 8 Semestern ihre Abschlußprüfung nach der neuen Prüfungsordnung abzulegen.“

Ich glaube, nur so wird man allen Gesichtspunkten gerecht.

H. Klingler, stud. rer. pol.

die ehemalige Viskosekunstseide. Reyon war übrigens früher auch ein Sammelbegriff für alle Kunstseiden. Für den Laien sind diese vielfältigen Bezeichnungen böhmische Dörfer. Er wird sich besser an die Handelsmarken halten, die jeweils eine Technik bezeichnen. Namen wie Cupresa und Cuprema (für Chemiekupferseide bzw. Kupferspinnfaser) oder PAN (für Seide und Fasern aus Poly-Acryl-Nitril), um ein vollsynthetisches Produkt zu nennen, sind inzwischen zum Begriff geworden.

Wie sollen all diese Produkte Absatz finden? Momentan ist die Nachfrage noch größer als das Angebot. Dadurch wird auch der hohe Preis ermöglicht, der sehr bald fallen wird, wenn genügend produziert werden kann und die hohen Investitionskosten sich auf eine größere Produktionsmenge verteilen. Werden die neuen Fasern die traditionellen Spinnstoffe verdrängen? Diese Frage ist nicht eindeutig, und von Fall zu Fall verschieden zu beantworten. In der Strumpfwirkerei mußte die Kunstseide dem Perlon Platz machen, wenn sie auch noch zu einem geringen Prozentsatz Verwendung findet.

In der Reifencordherstellung hatte zuvor aber Reyon die Baumwolle verdrängt. Heute ist es im Begriff, von Nylon verdrängt zu werden.

Wird Wolle den wollähnlichen Fasern Orlon und Dacron weichen müssen? Hier bahnt sich eine andere Entwicklung an, seitdem, besonders in Amerika, in den letzten Jahren eingehend die Chancen der Mischgewebe studiert worden sind. Hochwertiger Wolle werden hochwertige Kunststoffe beigemischt, nicht etwa um den Preis zu senken, sondern um die Qualität zu steigern. Man hat nämlich festgestellt, daß weniger die Qualität der Faser als vielmehr die Qualität, d. h. die Brauchbarkeit des fertigen Stoffes ein entscheidender Absatzfaktor ist und kaufkräftige Schichten durchaus bereit sind, einen entsprechend höheren Preis zu zahlen. Perlonverstärkte Wollsocken halten länger als ohne Verstärkung, denn selbst die beste Wolle hat nicht eine derart hohe Scheuerfestigkeit wie Perlon. Nylon-Wollmischgewebe für Unterwäsche sind fester und können deshalb leichter und feiner sein. Hier stützen also die Chemiefasern den Wollabsatz. Darüberhinaus ist der erforderliche Kapitalaufwand für die Produktion wollähnlicher Spinnstoffe so hoch, daß in absehbarer Zeit die Wolle nichts zu befürchten braucht. Ja sogar: „Die größte Gefahr für Wolle ist die Wollknappheit“, wie kürzlich der Präsident eines Schafzüchterverbandes sagte, denn ein zu geringes Angebot steigert den Preis und leistet den Kunstfasern entsprechend Vorschub.

Es wird auch nicht immer eine Chemiefaser die andere verdrängen. Nylon bzw. Perlon ist wegen seines hohen Elastizitätsgrades unumstritten das geeignetste Material für Damenstrümpfe. Diese Eigenschaft wird erst recht augenscheinlich bei Perlon-Strümpfen aus Kräuselkrepp. Der gekräuselte Faden kann auf das Fünffache seiner ursprünglichen Länge gezogen werden und kehrt doch in seine Ausgangsstellung zurück. Deshalb brauchen diese Strümpfe nur in einer Standardgröße hergestellt zu werden. Sie passen sich in idealer Weise jeder Fußform und -größe sowie jeder Beinlänge und -stärke an. Größerer Materialverbrauch und schwierigere Verarbeitung erklären den vergleichsweise höheren Verkaufspreis für Kräuselkreppwaren. —

Welche Absatzchancen synthetische Fasern haben wird klar, wenn man den Textilverbrauch pro Kopf und Jahr zwischen Amerika und Europa vergleicht. Er ist mit 2,1 kg halb so hoch wie in den USA mit 4,4 kg. In Europa liegt auch der deutsche Konsum mit 3,4 kg an der Spitze. Auf der Basis eines wirtschaftlich integrierten Europas erhofft man bei gleichzeitigem Steigen des Lebensstandards insbesondere der mittleren Einkommensklassen eine entsprechende Ausweitung des Textilmarktes, da gerade diese Klassen in der Regel einen übernormal hohen Anteil ihres Einkommens für Textilien ausgeben. Ein erhöhter Verbrauch wird aber eine erhöhte und billiger werdende Produktion nach sich ziehen und eines Tages mag es dann auch nicht mehr lohnen, für 7 Pfennige einer Laufmasche in den Nylons nachzujagen.

H. Oehler

Soldat oder Milizionär?

Noch haben wir nicht die zwölf Divisionen, die die Westverträge uns zubilligen, aufgestellt, und schon sagen die Experten, daß sie nicht genügen werden, um dem Land einen wirksamen Schutz zu geben. Da aber die Verträge nicht gestatten, die ganze Wehrkraft des Volkes in der regulären Armee zu erfassen, man aber doch nur ungern auf wehrfähige Männer verzichten will, denkt man daran, eine Miliz zu bilden. Was soll damit bezweckt werden?

Ein Milizionär ist kein vollwertiger Soldat, streng genommen ist er überhaupt kein Soldat. Nach dem bis heute üblich gewesenen Sprachgebrauch gab man quasi-militärischen Verbänden, die nicht der militärischen Führung unterstehen, Verbänden mit bestimmten begrenzten sowohl polizeilichen als auch paramilitärischen Aufgaben die Bezeichnung Miliz. Zum Beispiel waren die SA und die SS der NSDAP im 3. Reich Milizen und die Schwarzhemden Mussolinis trugen das M als Abzeichen. Es waren Sturmtruppen, mit der Aufgabe, Ideologien mit Mitteln der brutalen Gewalt an der Macht zu erhalten.

Mit diesen früheren Milizen wird die zukünftige deutsche sicher nichts gemein haben. Viel eher könnte für sie die ehemalige österreichische Heimwehr des Herrn von Starhemberg Vorbild werden. Auch wenn man berücksichtigen will, daß unsere augenblickliche innerpolitische Situation eine andere als die österreichische der dreißiger Jahre ist, sollte man doch daran denken, daß selbst in christlichen Staaten, wie dem damaligen Österreich, vielleicht etwas zu wenig Hemmungen gegen die Aufstellung von Sturm- und Schützenbataillonen vorhanden sein können, die mit Feuer und Schwert diejenigen zu vernichten haben, die nicht leicht zu überzeugen sind. Ein besonderer Hinweis auf General Francos Falange erübrigt sich.

Wenn der Autor des Artikels „Ist Miliz besser?“ (DISKUS Heft 9) für die Bundesrepublik vorschlägt, aus wirtschaftlichen Gründen auf eine reguläre Armee weitgehend zu verzichten, so ist seine Voraussetzung irrig. Es darf keinen Zweifel darüber geben, daß sich die Bundesregierung in den Westverträgen bindend verpflichtet hat, eine Armee von 12 Divisionen aufzustellen. Jeder Vorschlag einer Ersatzlösung unterstellt also, daß die Bundesrepublik entweder die Ratifizierung der Verträge verweigern oder einen Vertragsbruch begehen müßte. Darauf besteht weder eine Absicht, noch könnte davon die Rede sein.

Eine andere Frage ist allerdings, ob die Milizverbände zusätzlich aufgestellt werden sollen. Dann müßte überlegt werden, ob ihr mutmaßlicher Kampfwert in einem vernünftigen Verhältnis zu den Kosten und dem Energieaufwand stünde, der dafür notwendig wird.

Auf den Erfolg der preußischen Krümperaushebung vor den Freiheitskriegen zu verweisen wäre ohne Wert, weil es unvernünftig ist, sich heute der Methoden zu bedienen, die damals gerade noch Notbehelf waren. Nicht einmal der Volkssturm von 1945 könnte als Vorbild dienen, auch wenn mancher ehemalige Hitlerjunge heute noch nicht ganz von der Panzerfaustromantik abgekomen ist.

Da ein künftiger Krieg — bei der Nichtanwendung von atomaren Waffen — ein Krieg der Panzertruppen wäre, würde er sich auf weite Räume erstrecken und auch keine modifizierte lineare Taktik zulassen.

Wo zu also Milizverbände, die Familie und Heim sozusagen „vor den Toren der Stadt“ zu verteidigen hätten? Glaubt denn noch jemand im Ernst, daß es möglich ist, gutausgerüstete Angriffsarmeen mit Handfeuerwaffen aufzuhalten? Was geschähe, wenn in einer vom Feind besetzten Stadt auch nur ein einziger Zwischenfall vorkommt, das auszudenken, bedarf es keiner großen Phantasie.

Wichtiger wäre es, daran zu erinnern, daß sogar die letzte reguläre deutsche Armee nur solange überzeugt war, daß sie den eigenen Herd verteidigte, als sie auf Brest am Atlantik oder auf Stalingrad vormarschierte. In der bloßen Defensive und erst recht beim Rückzug fehlte ihr dies moralische Selbstbewußtsein.

Welche Rolle sollen in einem Bewegungskrieg die Milizverbände spielen? Der Autor des zitierten Artikels meint, daß es für sie nicht zumutbar sei, anderswo als in der Nähe des Heimatorts zu kämpfen. Sollen sie also notfalls aufgelöst werden? Oder sollen sie als Ersatzformationen in die reguläre Armee eingegliedert werden?

Aufgelöst würden sie notfalls sicherlich nicht. Darüber ist kein Wort zu verlieren. Als Ersatzeinheiten wären sie aber schlecht geeignet, denn ihre infanteristische Ausbildung würde sie zum Umgang mit technisch komplizierten Waffen nicht qualifizieren.

Es wäre zu billig und beinahe unverantwortlich, auf die im vergangenen Krieg geübte Praxis hinzuweisen, wo Reservisten nach sechswöchigen bis dreimonatigen Kursen an die Front geschickt wurden. Wenn der Verfasser des zitierten Artikels ein wenig überlegt hätte, was dies damals bedeutet hat, hätte er seinen Vorschlag wohl nicht so rigoros geäußert. Man hat im vergangenen Krieg die Reservisten in die Schlacht geworfen, wie man eben Menschenmaterial in die Schlacht wirft. Im Schützenloch und im MG-Feuer konnten diese Soldaten ihre Ausbildung vervollkommen. Wer aus Mangel an Erfahrung sich falsch verhielt, bezahlte es mit dem Tod oder mit der Gesundheit. Mit welchen Konflikten sich dann ein noch nicht ganz abgestumpfter Kommandeur auseinandersetzen mußte, der mit 5000 „Neuen“ gekommen war und mit 1500 moralisch zusammengehauenen Geschöpfen zurückging, hat der Autor nicht bedacht — oder sich noch nicht vorstellen können.

Oder sollen die Milizionäre als Partisanen kämpfen? Vielleicht im Gebiet der Bundesrepublik, einem verkehrstechnisch erschlossenen, dichtbesiedelten Land? Der Autor weiß wahrscheinlich

nicht, daß Partisanenkrieg nur dann Erfolg haben kann, wenn es den Partisanen gelingt, ein größeres zusammenhängendes Gebiet unter Kontrolle zu bringen. Es muß ein Gebiet ohne zu dichte Besiedlung und vor allem ohne große Städte sein, denn wenn die Bevölkerung verhungern müßte, weil die Zufuhr gesperrt ist, würde sie schnell zum natürlichen Verbündeten der Feinde der Partisanen.

Auch dem feurigsten Patrioten sollte nicht ganz unbekannt sein, was der Partisanenkrieg für die Zivilbevölkerung bedeutet. Man denke nur an Lidice, an Oradour und an Warschau, an die Kämpfe in den Sumpfgebieten Weißrußlands und in den Bergen des Balkan. Jedes weitere Beispiel würde die Pietät verletzen, die wir den vielen unschuldigen Toten schulden.

Schließlich hat der Autor nicht unterlassen können, freudig auszumalen, wie nützlich es doch sein könnte, wenn sich im „feldgrauen Kleide Menschen aller Stände zur gemeinsamen Begegnung finden würden“. Dazu will ich nur sagen, daß ich mir solche Begegnungen in angenehmerem Rahmen vorstellen könnte und daß dies mit ganz bescheidenem Kostenaufwand geschehen könnte. Ohne Uniform, ohne Regimentsmusik und ohne feierliche Verpflichtung.

Oscar Strobel

Ist Miliz wirklich besser?

Die Vorschläge, den westdeutschen Verteidigungsbeitrag z. T. in Form einer Miliz durchzuführen, sind wert, diskutiert zu werden. Ich möchte hierbei auf folgendes aufmerksam machen:

Das Problem einer Wiederbewaffnung Westdeutschlands wird durch die Aufstellung einer Miliz nicht gelöst. Die Sozialdemokratische Partei, der Gewerkschaftsbund und alle anderen Orga-

Wehrdienstverweigerung ...

... war das scheinbar ungewollte Leitmotiv eines Diskussionsabends, den der Universitätsclub in Frankfurt über Wiederaufbaufragen veranstaltete. Referent für das Thema „Staatsbürger und Streitkräfte“ war Graf Baudissin, Offizier des zweiten Weltkriegs, der nach einer Wüsten-Fuchsenzeit unter Rommel und anschließender sechsjähriger Gefangenschaft in glückliches Menschentum heimfindet, als er zusammen mit seiner Frau töpferte — bis ihn das Amt Blank zur Verantwortung rief und in den inneren Stab einreichte.

Nach solcher Vorstellung beschränkte sich der Redner, indem er



das „ob“ (überhaupt Streitkräfte sein oder nichtsein sollten) den Politikern zuteilte und sich selbst mit dem „wie“ (die Streitkräfte sein sollten) das Rückgrat für den Vortrag gab.

Wie ein stiller Refrain zog sich durch das Referat der Gedanke vom Staatsbürger in Uniform — die Demokratisierung der Wehrmacht. Der neue Kompaniechef ist nicht allein (militärischer) Führer, er ist auch Einweiser in die demokratischen Lebensregeln. Das Grüßen ist nicht Ausdruck der Disziplin, sondern bezeugt (erzeugt) Verbundenheit unter den Staatsbürgern. Jedem wird klar: die Stimmung der Truppe wird vorzüglich.

Über diese rosigen Aussichten fiel zwischen Bier und Coca-Cola die Diskussion her, in der zunächst die Polemik der Wehrdienstverweigerer gewitterte. Zunächst mit dem Paradoxon des Bürger- und des Soldat-Seins. Der eine wird ausgebildet, um produktiv tätig zu sein, der andere wird zur möglichst großen destruktiven Wirkung geschult. Oder — warum ist das Einrücken Pflicht, wenn nur eine mehr oder weniger knappe Mehrheit die einschlägigen Gesetze im Bundestag durchgepaukt hat. Das Argument des Soldaten, es sei demokratisch, wenn sich die Minderheit der Mehrheit beuge, wurde von dem Juristen Prof. Erler mit dem Hinweis auf das Minderheiten-Recht neutralisiert. So blieben die Weigerer im Rennen. Graf Baudissin sah sich genötigt, die Wehrdienstverweigerung als Gewissensfrage herauszuarbeiten nach folgendem Rezept: Jeder stelle sein Gewissen an die Wand (zur Frage *m i t o d e r o h n e W a f f e*); (denn gedient wird auf jeden Fall, andernfalls Zuchthaus).

Diese harte Formulierung wollte Prof. Horkheimer wohl etwas einkleiden und gleichzeitig dem Referenten Mut zusprechen, trotz aller Nein-Sager nicht aufzustecken. Seine Überlegung sagte: I. kommt die Wiederbewaffnung viel zu früh, da der Schock der Nachkriegsreinigung noch nicht abgeklungen ist, deshalb sich

nisationen, die den Wehrbeitrag ablehnen — die Kommunisten und ihre Tarnorganisationen allerdings aus ganz anderen Motiven —, werden auch eine Miliz nicht bejahen. Bleibt doch das schwerwiegende Argument bestehen, daß eine westdeutsche Aufrüstung, gleichgültig, ob durch Aufstellung einer Armee oder einer Miliz, eine Wiedervereinigung Deutschlands erschwert, ja verhindert.

Auch die Kriegsdienstverweigerer aus religiöser, politischer oder sonst einer Überzeugung werden nicht bereit sein, sich einen Schießprügel zu Hause in ihren Schrank zu stellen. Lediglich diejenigen, die den Dienst im Heer als zu unbequem empfinden, werden vielleicht die Miliz zur Absolvierung ihres Waffendienstes vorziehen. Die anderen aber dürften zwischen einer Miliz und einer ein- bis zweijährigen Ausbildung in einer Kaserne keinen prinzipiellen Unterschied sehen.

Es ist lobenswert, daß sich die Bonner Koalition, die von der Notwendigkeit der Wiederbewaffnung Westdeutschlands überzeugt ist, nicht nur darum sondern auch über ihre Formen Gedanken macht. Aber haben diejenigen Abgeordneten, die diese Miliz-Form vorschlugen, sich darüber Gedanken gemacht, daß sich eine solche Form der Wiederbewaffnung nicht mit den Abmachungen, die in den Pariser Verträgen getroffen wurden, vereinbaren läßt? In den Verträgen ist doch eine Wehrpflicht mit ein- bis zweijähriger Dienstzeit vorgeschrieben, und ihre Revision kommt nach den Worten Bundeskanzler Adenauers und nach Äußerungen maßgeblicher Staatsmänner anderer beteiligter Staaten nicht in Frage. Oder haben der CDU-Abgeordnete Heye und der FDP-Abgeordnete H. v. Manteuffel, die als die Initiatoren dieses Miliz-Gedankens gelten, die Konsequenz daraus gezogen und sich deshalb gegen die Pariser Verträge ausgesprochen und dagegen gestimmt? Herbert Klingler

vielleicht auch der inhaltsschwere Plan des Grafen nicht realisieren lasse, sondern in Kommiß ausarte.

2. ist die Identifizierung des Staatsbürgers mit dem Soldaten sehr bedenklich aus den Gründen, daß bei der früheren Zerteilung Bürgerliches Leben—Soldatenzeit der Bürger sich zwar dem Dienst als Soldat unterordnete, dafür sich aber hinterher als Außenstehender gesundschimpfte. Bei der geplanten Identifizierung ist das aber nicht möglich, da, wenn Staatsbürger-Soldat, er sich selbst beschimpfen würde.

Trotz des Beifalls, der für diese Ausführungen aufklang, wollte die junge Mannschaft nicht von der Wehrdienstverweigerung lassen. Wie aus der Pistole geschossen traf den Herrn Grafen die Frage, ob er denn sich selbst lieber an die Wand stellen lassen würde, ehe er seine Konzeption der Wehrpflicht und der daraus rekrutierten Streitkräfte aufgab. Aus diesem Gewissenskonflikt wurde der Referent vom evangelischen Studentenpfarrer erlöst, der fand, die Frage passe nicht hierher, weil wir nicht in einem Quäkerstaat leben.

Noch aber wehte das Banner der Nein-Sager. Neben religiöser Überzeugung trieb auch der böse Mars-Geist sein Unwesen. So wollte ein Kommilitone den Dienst nicht antreten, um nicht an einer Entwicklung teilzuhaben, die entgegen den besten Absichten notwendig zum Kriege führen muß (die Geister, die ich gerufen, werde ich nicht los). Er fand ein konzilianter Ohr und wird nun froher in die Zukunft blicken.

Während alldessen wartete ein anderer Teil der Geladenen, daß sich die Diskussion mal den Ja-Sagern zuwenden sollte, die so gern über das „wie“ diskutieren wollten. Aber soweit kam es nicht. Mitten in die Wortmeldungen der „Ohne-mich“-Sprecher schloß der Vorsitzende des Clubs die Sitzung (wohl nach dem Motto, besser ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende); denn man darf wohl annehmen, daß eine derartige Gegnerschaft unter den „einigen persönlich geladenen Studenten“ nicht erwartet wurde.

Oder? — Waren die Wehrdienstverweigerer etwa die persönlich Geladenen? Sie allein kamen zu Wort. Jetzt machten sich die Teilnehmer zu einer kritischen Nachlese Gedanken. Hatte nicht Prof. Erler auf seine Frage nach Entwürfen für Gesetze oder Verordnungen zur Wehrpflicht (also auch zur Verweigerung) — die er in seinem verfassungshistorischen Werk der Aktualität halber verarbeiten muß — hatte nicht er die Antwort erhalten, derartige Entwürfe seien nicht vorhanden? (So muß das Verfassungswerk wohl lahm liegen.) Nun nagte allerdings der Argwohn: waren wirklich die Verweigerer geladen? Will man etwa ihre Argumente kennenlernen, sammeln, und ihnen dann in einschlägigen Gesetzen und Verordnungen gründlich entgegenwirken? Das wäre allerdings ein Schrecken ohne Ende.

Magnus Weber

★

Nachtrag

Zum Abdruck der Szene aus dem Stück „Da draußen vor der Tür“ von Wolfgang Borchert in der letzten Nummer ist nachzutragen, daß er mit freundlicher Genehmigung des Verlages dem bei Rowohlt erschienenen Gesamtwerk des Autors entnommen wurde.

Die Buchhandlung für den Mediziner

JOHANNES ALT

Fachbuchhandlung und Antiquariat für Medizin und Naturwissenschaften

FRANKFURT A. M.-SÜD 10
Gartenstraße 134 · Telefon 61993

Jetzt wieder in den erweiterten Geschäftsräumen Gartenstr. 134 Haltestelle Hippodrom, in der Nähe der Universitätskliniken

RÖMER

KLISCHEES

- Strichätzungen
- Farbätzungen
- Autotypien
- Galvanos
- Rotaprintfolien
- Matern · Stereos

RÖMER KLISCHEEANSTALT GMBH FRANKFURT / M
Mainzer Landstraße 216
Ruf 34672

Luise Pollinger
PAPIER · BUROBEDARF · DRUCKSACHEN
Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen

KOLLEG-BEDARF
Füllhalter · Luxuspapiere · Geschenke
Büro-, Zeichen- und Schulartikel
Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt

Frankfurt am Main, Bockenh. Landstr. 131
(nächst der Universität) Fernruf 755 89

Studenten halten Mission

Die Freiheit der Kinder Gottes

Es sprechen:

Studentenpfarrer P. Dr. Gerhard Koch S. J., Marburg

Studentenpfarrer P. Stephan Richter O. f. m., Kiel

Sonntag, den 16. Januar 1955

20 Uhr s. t.
„Die Entdeckung Gottes“
Eröffnungsfeier in St. Antonius, Savignystraße

Montag, den 17. Januar 1955

7 Uhr s. t. Kapelle
„Gotteskindschaft“
8 Uhr s. t. St. Antonius
14 Uhr s. t. Aula
„Jesus von Nazareth“
20 Uhr s. t. St. Antonius

Dienstag, den 18. Januar 1955

7 Uhr s. t. Kapelle
„Persönliches Beten“
8 Uhr s. t. St. Antonius
14 Uhr s. t. Aula
„Der gegenwärtige Gott“
(Kirche und Hl. Geist)
20 Uhr s. t. St. Antonius

Mittwoch, den 19. Januar 1955

7 Uhr s. t. Kapelle
„Der Mensch und der Glaube“
8 Uhr s. t. St. Antonius
14 Uhr s. t. Aula
„Die Wirklichkeit des Bösen“
20 Uhr s. t. St. Antonius

Donnerstag, den 20. Januar 1955

7 Uhr s. t. Kapelle
„Zur Freiheit befreit“
8 Uhr s. t. St. Antonius
14 Uhr s. t. Aula
„Die Buße des Christen“
20 Uhr s. t. St. Antonius

Freitag, den 21. Januar 1955

7 Uhr s. t. Kapelle
„Die Verantwortung des Akademikers“
8 Uhr s. t. St. Antonius
14 Uhr s. t. Aula
„Begegnung der Geschlechter“
20 Uhr s. t. St. Antonius

Samstag, den 22. Januar 1955

7 Uhr s. t. Kapelle
„Maria“
8 Uhr s. t. St. Antonius
14 Uhr s. t. Aula
„Kreuz-Abendmahl-Messe“
20 Uhr s. t. St. Antonius

Sonntag, den 23. Januar 1955

10 Uhr s. t. St. Antonius
„Die Freiheit der Kinder Gottes“
16 Uhr s. t.
„Gott lebt“
(Schlußfeier im Dom in Anwesenheit seiner Exzellenz
Walther Kampe, Weihbischof von Limburg)

Der **Morgenvortrag** findet statt um 7.00 Uhr s. t. in der Kapelle des Studentenhauses, Wiederholung um 8.00 Uhr s. t. in der St. Antoniuskirche, Savignystraße 15-17. Im Anschluß an den Morgenvortrag ist um 7.30 Uhr bzw. um 8.30 Uhr Gelegenheit zur Messfeier.

Der **Hauptvortrag** findet statt um 14.00 Uhr s. t. in der Universität, Wiederholung um 20.00 Uhr in der St. Antoniuskirche.

Missionswoche
der Frankfurter katholischen Studentenschaft

vom Sonntag, 16. Januar 1955 bis Sonntag, 23. Januar 1955